

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Halle monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G.m.b.H., Halle, Lindenstraße 14. Fernruf: 210 45 (Halle); 210 47 (Merseburg).

Mit der Tageszeitung Arbeiter-Zeitung  
Der Rote Stern

Einzelnummer: 15 Pf. Nr. des am 1. März und April; 1 Pf. im Viertel. Konstantes Abonnement des „Klassenkampf“: Halle, Commerce- und Weinstraßen 2/3, Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G.m.b.H., Halle, Lindenstraße 14. Jettungspreis: 12 Pf.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, 3. September 1931

11. Jahrgang Nr. 171

## Rote Selbsthilfe marschiert!

### Die Massen beginnen sich zu wehren

Halle, den 3. September.

Während die herrschende Klasse zu einem Winter rüstet, der alle Schreden der Hungersnot für ein ganzes Volk in sich zu bergen droht, während immer neue Notverordnungen durch Reich, Länder und Gemeinden in Vorbereitung sind, während in Frankfurt am Main die Sozialfaschisten des NSDAP die Durchhalteparole herausgeben, rufen die wertvollen Massen in Stadt und Land unter der Führung der Kommunistischen Partei zur Bildung der eisernen Front des Widerstandes. Gerade heute kommt die Nachricht, daß die preußische Regierung den Vorschlag der Forderungsführer, der Mittel für die Krüppel- und Tuberkulosefürsorge, durch eine allgemeine Beförderungssperre und durch zwangsweise Herabsetzung der Arbeitszeit, Städte und Gemeinden legen die Bautätigkeit still. Tarifserhöhungen für Elektrizität, Wasser usw. und Senkung von Löhnen und Gehältern werden die Not ins riesen große waschen lassen. Aber die Millionenmassen beginnen die Notwendigkeit des Kampfes für die rote Selbsthilfe aller Werttätigen einzusehen. Dieser Kampf muß bis zum Sieg über alle Volksfeinde geführt werden, wenn nicht Millionen untergehen wollen.

### Rotes Parlament in Regierungsstadt

Proleten sprechen von den Tribünen — Massenkundgebungen auf der Straße

(Eig. Meldung.) Merseburg, 3. Sept.

In Merseburg wurden im Stadtparlament in einer Sitzung, die ziemlich sechs Stunden dauerte, fast sämtliche Anträge der KPD-Fraktion angenommen. Durch die Redner der Fraktion wurden die schärfsten Anklagen gegen den Weining-Magistral und gegen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten erhoben. Ein Teil der bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten ergriß die Flucht. Das Parlament blieb aber beschlußfähig. Durch einen SPD-Deputierten (Sofienst) kam es zu tumultuariösen Auseinandersetzungen. Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung.

Während dieser Zeit eröffnete die kommunistische Fraktion ein proletarisches Parlament, die Tribünenbesucher erzielten das Wort. Ein Vertreter, ein parteiloser Arbeiter und der Genosse Fischer warfen den SPD-Deputierten vor, daß sie wichtige Miteinandersetzungen hätten, Anträge, die vor fünf Monaten eingereicht wurden, sind nicht mehr aufzufinden. Von der Tribüne sprachen nacheinander mehrere Arbeiter.

Als die bürgerliche Meute merkte (die SPD hatte es nicht gewagt, den Saal zu verlassen), daß es auch ohne sie weitergeht, eröffneten sie nach 20 Minuten wieder die Sitzung. Der Vorsitzende wurde mit Jureusen empfangen:

„Wir brauchen Sie nicht, es geht auch ohne Sie, bleiben Sie doch draußen.“

Alle Anträge der Kommunisten wurden durchberaten. Mit den Stimmen der SPD und einigen Bürgerlichen wurde die Durchführung der Bierjagdverbot mit vollem Lohnausgleich für die hütischen Arbeiter beschlossen. Desgleichen wurden sämtliche Mieter- und Erwerbslosenentwürfe angenommen.

Während der Dauer der Stadtverordnetenversammlung fand eine gut besuchte Massenversammlung der Merseburger Werttätigen auf dem Marktplatz statt. Nacheinander berichteten die Stadtverordneten, immer wieder stürmisch begrüßt, vor den Versammelten aus der Sitzung. Der Kampf für die aufgestellten Forderungen, die rote Selbsthilfe, wurde auf dem Marktplatz sowie im Stadtverordnetenparlament proklamiert. Mit „Rot Front“ verließen die Tribünenbesucher bei Schluß der Sitzung das Rathaus und die kampfgewillten Massen die Kundgebung auf dem Marktplatz.

### Streikmobilisierung in Halle

Halle, 3. September.

Die hallischen Gemeindearbeiter nahmen am gestrigen Mittwoch in einer von der KPD einberufenen Beschlusseversammlung zu dem bevorstehenden Lohnabbau und zu den letzten Betriebsereignissen, vor allen Dingen zu den geplanten Massenentlassungen Stellung. Die Ausführungen des Referenten zum Bezirkskongreß der KPD, sowie die Ausführungen des hallischen Stadtverordneten, Genossen Wobbel, wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurden die Ausführungen unterstützt und ergänzt. Die Versammlung nahm folgende Entschlußfassung an:

„Die am 2. September im Lokal „Sünder“ tagende Beschlusseversammlung der hallischen Gemeindearbeiter beschließt, die Streikmobilisierung gegen Lohnabbau und Massenentlassungen mit größter Intensität als bisher durchzuführen. Aus schärfste brandmarken die Versammelten den ungeheuren Verrat der Gewerkschaftsleitungen, der Forderung und Konforten, der bei den Lohnabbauverordnungen in Berlin und Magdeburg verübt wurde. Die Bonzen des Gesamtverbandes sind die freiesten Stützen der Weining-Diktatur. Der Streik unter der Führung der KPD zur Abwehr des Lohnabbaus und der Massenentlassungen soll beschlossen werden. Nur über die Bonzen hinweg führt der Weg zur Verbesserung der Lage der Gemeindearbeiter. Durch Stärkung der KPD in den Betrieben und durch Aufbau der oppositionellen Front im Gesamtverband werden die Voraussetzungen zur Kampfauslösung im beschleunigten Tempo geschaffen.“

Die Versammlung wählte darauf eine Reihe von Delegierten zu einer Mitte September stattfindenden Bezirkskonferenz der Gemeindearbeiter. Ferner wurden eine ganze Reihe Aufnahmen für die KPD gemacht, in bezug auf die Streikmobilisierung ein bedeutender Fortschritt.

### KPD-Krüger verbietet Jugendtag in Zeitz

(Eig. Meldung.) Zeitz, 2. September.

Gestern wurde der Leitung des kommunistischen Jugendverbandes, Ortsgruppe Zeitz, vom Polizeiamt Zeitz mitgeteilt, daß der Parteipräsident in Weizendorf den internationalen Jugendtag in Zeitz verboten habe. Die Begründung des Verbotes soll dem KPD erst im Laufe des Donnerstags zugehen (!)

Die Bezirksleitung des KPD ruft die werttätige Jugend Mitteldeutschlands zur Massenbeteiligung am internationalen Jugendtag in Wittenberg und Nordhausen auf.

(Eig. Bericht.) Chemnitz, 2. Sept.

Nachdem in Sachsen bereits sechs Veranstaltungen zum 17. internationalen Jugendtag verboten worden sind, hat jetzt auch das Polizeipräsidium Chemnitz alle aus Anlaß

### Opfer des Profits

(Eig. Melbg.) Woffen, 2. September.

Auf der Filmasfabrik ereigneten sich heute folgende Unfälle: Der Betriebsrat Weisse ist von einem Kraftwagen überfahren und schwer verletzt. Er mußte ins Bitterfelder Krankenhaus gebracht werden. Ferner erlitt ein Maurer einen Beinbruch.

In der Antikfabrik ist ein Arbeiter, der allein im Solabetrieb arbeitete, verunglückt und tot aufgefunden worden. Geopfert für die Dribenden der IS-Aktionäre!

### Wer sind die Spalter?

Die fortschrittlichsten und klassenbewußtesten Arbeiter haben eine genügend lange Erfahrung im Klassenkampf, um sich nicht nur ein Urteil über die Politik der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaften zu bilden, sondern auch um aus diesem Urteil die Konsequenzen zu ziehen. Seit mehr als 17 Jahren, seit dem 4. August 1914, der feigenwegs ein einseitiger Sündenfall der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer war, besteht der Inhalt der Politik der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaften in der Zusammenarbeit mit der herrschenden Klasse. Diese Zusammenarbeit nahm je nach der Situation verschiedene Formen an: als Arbeitsgemeinschaft in der Form von Koalitionsregierungen, als Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmerverbände und reformistischen Gewerkschaften oder wie gegenwärtig, wo die SPD zwar nicht durch Minister in der Reichsregierung vertreten ist, aber die Regierung Brünning leitet, d. h. unterstützt und als Regierungspartei in Preußen die Politik der Bourgeoisie, die Politik der Brüning-Regierung durchführt. Die Sozialdemokratische Partei behauptet, eine Partei der Arbeiterklasse, eine Partei des Klassenkampfes zu sein und die reformistischen Gewerkschaften über behaupten, Organisationsformen zu führen, die die Interessen der Arbeiterklasse gegen die Unternehmer, gegen die bestehende herrschende Klasse vertreten.

Es ist offenbar, daß zwischen der Betätigung ihres Klassencharakters und dem Inhalt ihrer Politik bei der Sozialdemokratischen Partei und bei den reformistischen Gewerkschaften ein ständiger Widerspruch besteht. Woher kommt dieser Widerspruch? Die Klassengegenstände in der kapitalistischen Gesellschaft, d. h. die Gegensätze zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und den Interessen der bestehenden Klasse, der Klasse, der die Profiteure, der Grund und Boden, die Produktionsmittel gehören, die die Macht des Staates in ihrer Hand hat und sie anwendet, um die herrschende Stellung gegenüber allen Schichten des arbeitenden Volkes zu sichern, sind offenbar. Diese Gegensätze zeigen sich mit besonderer Schärfe in der Krise. Die Bourgeoisie,

### Straßentämpfe in Spanien

Wie die bürgerliche Presse berichtet, kam es zu schweren Kämpfen in Saragossa, Caragena und Duna, wo die öffentlichen Gebäude zerstört und in Brand gesteckt worden sind. In Barcelona meuterten die politischen Gefangenen, legten ihre Zellen in Brand und zerstörten die Einrichtung. Tausende versuchten, das Gefängnisgebäude zu stürmen und die Gefangenen zu befreien.

Die Regierung hat sämtliche Mitglieder des früheren Kabinetts Primo de Rivera in Schußhaft nehmen lassen. (!)

des Jugendtages geplanten Veranstaltungen verboten. Das Reich hat sich vor allem damit begnügt, daß in der jetzigen Zeit „größte politische Ruhe“ erforderlich sei.

(Eig. Drahtm.) Essen, 2. September.

In Hörde bei Dortmund ist ein 22 Mann starker Januschor der sozialistischen Proletarierjugend zur proletarischen Freidenkerjugend übergetreten.

### Erwerbslose wehren sich

(Eig. Drahtm.) Delitzsch, 3. Sept.

Vom Arbeitsamt Delitzsch wurde jedem Unterhaltungsanspruch eine Erklärung vorgelegt, wonach er sich verpflichten soll, alle vom Fürsorgeverband aufgewendeten Kosten zu erlösen, sobald er hinreichendes Vermögen oder Einkommen habe. Eine Erwerbslosenkonferenz in Delitzsch hat geteilt beschlossen, an alle erwerbslosen Rohfahrtsanspruchler zu appellieren, diese Erklärungen nicht zu unterschreiben.

### Wieder zwei KPD-Zeitungen verboten

WEB Kiel, 3. September. Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat auf Grund der zweiten Verurteilung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausdrucksformen vom 17. Juli das Erscheinen der in Altona herausgegebenen „Norddeutschen Zeitung“ und „Hamburger Volkszeitung“ auf die Dauer von 14 Tagen, von 3. bis einschließend 18. September verboten.





# ADGB für 17 Prozent Lohnraub

## 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich — Für Raub der Erwerbslosenunterstützung — SPD-Bräuer rühmt sich der Mitwirkung an dem aufreizenden 800-Millionen-Abbau des Städtetages — Die „Linten“ für die Brüning-Politik des ADGB-Vorstandes

(Eig. Meldung.) Frankfurt a. M., 2. Sept.

Je länger der ADGB-Kongress dauert, um so klarer wird die Tatsache, daß die dort versammelten Söhne der deutschen Lohnraubgewerkschaften Arm in Arm mit der Brüning-Hindenburg-Regierung die Ausplünderung der wertvollen Massen mit betreiben werden. In der gestrigen Vorkonferenz wurde gegen eine Stimme eine Entschlüsselung angenommen, in der die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich gefordert wird. Hier begehen sich die Vorkonferenz, Wünsche und Forderungen, die Siegerwahl am ersten Tage des ADGB-Kongresses in einer Rede zum Ausdruck brachte, mit der Vorkonferenzpolitik der ADGB-Woche. 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich heißt 17 Prozent Lohnraub für jeden Arbeiter, heißt die Voraussetzung zu schaffen für den Raub der Reichsregierung, einzelne Arbeiterkategorien mit Erwerbslosen auszuwechsellern und damit die größte Arbeitszwangsgewalt der Welt zu schaffen.

Nach einem Protestbesere, die „Inmanglung in der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche“, sprach in der Diskussion auch das Mitglied des Bundesvorstandes Eggert.

Dieser sprach erklärte offen, man müsse es ablehnen, bei Einführung der 40-Stunden-Woche die Forderung nach Lohnausgleich zu stellen. In Zukunft, wenn die wirtschaftliche Lage sich gebessert hätte, könne man für das eine oder andere Unternehmen die Frage des Lohnausgleichs ansprechen. Eggert verlangt also, daß die Arbeiter einen neuen Lohnabbau bis zu 17 Prozent, wie er bei der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich eintritt, schlucken sollen.

Der Brandlerist Kraus, der auch zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort nahm, erklärte in Bezug auf die Komjunktur, daß er für den Zustand den „Sprung ins Dunkle“ nicht fordere und daß er keineswegs für „Experimente“ sei.

Das war für den Sekretär des Bundesausführenden Spieß die Stigmata, um eine verlogene und wisse Hebrege gegen die

Comjunktur zu halten. In der Comjunktur würde eine Wirtschaft aufgebaut, um durch das rote Dumping die gestillte Welt (so nennt Spieß den Kapitalismus) zu verdrängen. Die deutschen Arbeiter seien die Leidtragenden.

Wird Karmow heute gegen die Comjunktur. Er empfahl den Kapitalisten durch eine internationale Kreditorganisation den Weltmarkt wieder flott zu machen und dann werde ein Stück Sozialismus vertrieben sein.

## „Note-Fähne“ Vertreter nicht zugelassen

(Eig. Drahtm.) Frankfurt a. M., 3. Sept.

Während den Mitgliedern der Brüning-Regierung und den anderen Vertretern des herrschenden Systems selbstverständlich Zutritt zum ADGB-Kongress gewährt wird, während ebenfalls selbstverständlich auch die Berichtstatter der großkapitalistischen Preise zugelassen wurden, wurde dem Vertreter der Redaktion der „Note-Fähne“ der Zutritt zum Kongress verweigert.

Auch diese Tatsache charakterisiert einen Kongress der Lohnabbau-Gewerkschaften. Ist doch die SPD-Presse die einzige, die der Arbeiterklasse das wahre Gesicht dieses Kongresses zeigt.

## Geplante ADGB-Säule

(Eig. Bericht.) Essen, 1. Sept.

Der mühselste Kommunistenreferent aus der Bonzensentrale der Essener DND-Ortsverwaltung Sander hat durch Untergraben der Säule eine umfassende Geld- und Kraftverschwendung erbracht. Er hat aus fingierten Stroh- und Kraftfäden sich Zielsetzungen ausgedacht, die heute bedauerlich über diese große Reformen hinausgehen. Bis heute ist dieses Subjekt auch weder aus der SPD, noch aus dem DND ausgeschlossen worden.

# Immer tiefer in den Abgrund!

## Massenentlassungen, Stilllegungen und Bankrotts

Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft nimmt täglich schärfere Formen an. Es ist fast unmöglich, die täglichen Massenentlassungen, Stilllegungen und Zusammenbrüche zu registrieren.

Nach Mitteilung des Reichsanzeigers 1965 neue Kontrakte, ohne die wegen Mangel an Halbleitern Abgaben für Konsumgüterproduktion bedankt. Im Monat Juli waren es 1013 Kontrakte.

Im Kohlenbergbau legt eine neue Welle von Einschränkungen und Stilllegungen ein. An der Spitze steht diesmal die Preussische Bergwerks-Kohlen-Gesellschaft, die der preussische Staat, die mittel, daß infolge der Kohlenkrise 1200 Bergarbeiter entlassen und einige Fabrik stillgelegt werden sollen. Das ist die Braun-Schering-Regierung, die die Bergarbeiter auf das Pfahler weist.

Die Zeche „Emiger Lippe“ entläßt 800 Bergarbeiter, und zwar auf Grund des Ausfalls der Schieferungen auf Grund der Reparationszahlungen.

Die Schachanlage „Joachim“ soll zum 16. September ebenfalls stillgelegt werden.

Die Bergwerks-Gesellschaft Siberia in Herne hat zum 1. September Betriebsstilllegungen angekündigt. Zur Entlassung kommen 350 Arbeiter.

Die Zeche „Wilmshelm Victoria“ in Westfalen beabsichtigt Betriebsstilllegungen. Entlassen werden 250 Arbeiter.

Die Zeche „Königsberg“ in Ostfalen werden 600 Bergarbeiter, als Grund für die Betriebsstilllegungen wird von allen Werken Abhangmangel angegeboten.

Die Werksleitung der „Friedrich-Alfred-Hütte“ (Krupp-Werke) hat in der vergangenen Woche 100 Arbeiter und 80 Angestellten entlassen. Begründet wird diese Maßnahme mit „der ständig wachsenden Verschlechterung der Wirtschaftslage“.

Die Waggonfabrik Talbot in Tachen, die gegenwärtig noch

700 Arbeiter beschäftigt, hat die teilweise Stilllegung ihres Betriebs angekündigt. Sie erklärt, wegen Auftragsmangel getrieben zu sein, die Reststoffe Entlassung der Arbeiter vorzunehmen.

Auf der Grube Gopa werden durch Betriebsmaßnahmen einer neuen großen Abraumförderer 300 Arbeiter entlassen. Der Grund ist die Entlassung zum Teil auch durch den verminderten Braunkohlebedarf des Großkraftwerks Jizornow, der um etwa 50 Prozent zurückgegangen ist.

Der Umbruch der Rheinischen Stahlwerke in den Monaten April bis Juni 1931 zeigt gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres einen Rückgang um 20 Prozent.

Die Arbeiterkategorie der Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke haben sich infolge verminderten Bedarf der Hochofenwerke und des Baumstoffes weiter verschlechtert. Die Anlagen werden nur noch zu 40 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt.

Die Getreideexportfirma J. E. Floret, Königsberg, hat ihre Zahlungen eingestellt.

Die Schneider- und Hanau-Kleingewerkschaft in Frankfurt a. M. hat bankrott gemacht. Das Aktienkapital in Höhe von 1,15 Millionen Mark ist verloren.

Die Folgen der Betriebsstilllegungen, Einschränkungen und Bankrotts bekommen in erster Linie die Arbeiter zu spüren, die als Erwerbslose dem Hunger überantwortet werden und man jetzt nach den menschenfreundlichen Plänen der Bourgeoisie in die Armut und die Not zu versetzen will. Wenn die Betriebe jetzt nicht genügend beschäftigt sind, so heißt das nicht, daß zuviel Wohnungen, zuviel Kleider, Anzüge und Schuhe, zuviel Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs vorhanden wären. Das heißt nur, daß Millionen Arbeiter, Kleinbauern und kleiner Mittelstand diese notwendigen Dinge nicht erwerben können, weil im Sozialismus nur der die Sachen erwerben kann, der über das nötige Geld verfügt.

# Riesenrazzia der SPD-Schönfelder-Polizei

## Belagerungszustand über das Parteibüro in Hamburg

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 2. Sept.

Seit morgen wurde der Belagerungszustand über das Parteibüro der SPD in Hamburg verhängt. Das Parteibüro der SPD am Valentinsplatz, die Räume der „Sam-burger Volkszeitung“ und der „Kämpferischen Industrie (Druckerei)“ wurden heute morgen um 9 Uhr von einem harten Aufgebot von Uniformierten und Kriminalpolizei besetzt. Der Valentinsplatz wurde vom Holstenplatz bis zur Cafamaderel abgesperrt. Die Diktation wurde an der Feststellung der Zeitung gehindert. Die Polizei habidierte in der Redaktion jedes einzelne Schriftstück auf das Genauer.

Wie mit solchen erfahren, hat die Polizei auch in Wltona sämtliche Räume unterfucht. Bei verschiedenen Funktionären wurden Handlungsbücher vorgenommen. In der Wohnung des Bürger-schaftsbeordneten Fritz Luz nahm die Polizei gleichfalls eine genaue Durchsichtigung vor.

Schon liegen Protokolle von Betrieben, Stempelstellen und aus der kleinen Geschäftsstelle vor.

## Goebbels Sehnsucht nach Ministerstellen

Am „Agrarist“, dem Berliner Naziorgan, schreibt der latium betonte Goebbels am 1. September:

„Ich lauter mit frommen, doch mehr wird das Volk uns Goebbels denken. Und auf die Dauer kann eine Regierung, auch wenn sie sich des Vertrauens der obersten Reichsbeamten erfreut, den Willen der Mehrheit nicht in den Wind schlagen. Es besteht wohl kaum ein Zweifel darüber, daß das Kabinett Brüning in seiner jetzigen Gestalt die kommenden Reichstagswahlen nicht über-dauern wird. Es hat die Woge zwischen links und uns.“

Das ist ein so deutlicher Ruf nach Ministerstellen, wie ihn Hitler nicht deutlicher erhob. Es geht dem Naziführer nur um Ministerstellen und Beamtensippen. Wo sie heute schon in der Regierung sind, wie in Danzig, diktieren sie rückwärts Lohnabbau für die Arbeiter und Gehaltsabbau für die Angestellten und unteren und mittleren Beamten.

Volle Unterwerfung der Brüning-Regierung, volle Mißbilligung bei der Ausführung der Finanzordnungspolitik und Bestauf nach Ministerstellen und hohen Beamtensippen, das ist die vordringlichste Politik der Nazi Führer.

## Schredensurteil in München

(Eig. Bericht.) München, 2. Sept.

Wegen der Demonstration am 1. August wurden geftern 5 Arbeiter zu folgenden Strafen verurteilt: 1 Arbeiter zu 7 Monaten 14 Tagen Gefängnis, 1 Arbeiter zu 5 Monaten 14 Tagen Gefängnis, 1 Arbeiter zu 6 Wochen Gefängnis, 2 Arbeiter zu je 5 Monaten Gefängnis. Eine Zeugin wurde auf die Strafe eines Spießes hin im Gefängnis verhaftet und erhielt auf Grund dieser Anklage 14 Tage Gefängnis.

Der Generalsekretär des englischen Eisenbahnerverbandes Thomas hat seinen Posten niedergelegt, weil er sich gemindert hat, aus dem nationalen MacDonald-Kabinett auszutreten.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in der Nähe von Paris in einer chemischen Fabrik. Zwei Arbeiterinnen wurden getötet.

Auf der chilenischen Kriegsschiffe brach eine Meuterei aus. Die Offiziere wurden von den Besatzungen der Schiffe gefangen genommen.

das ist offensichtlich, ist befristet, die Kosten der Krise auf die arbeitenden Massen abzumäßen, die Krise selbst durch den Abbau der Löhne, den Abbau der Erwerbslosenunterstützung und der sozialen Einrichtungen zu überwinden. Die Interessengruppen haben sich in der Krise so verhalten und sind so schnell gekommen, daß die sozialdemokratische Führer es nicht wagen können, ihr Verhalten zu leugnen.

Zwischen den Interessen der kapitalistischen Klasse und den Interessen der Arbeiterklasse und der arbeitenden Massen kann es keine Ausöhnung geben. Der Arbeiter wird niemals freiwillig auf einen Teil seines Lohnes, auf die Erwerbslosenunterstützung, auf das Krankengeld usw. verzichten, und ebenso wird niemals der Kapitalist darauf verzichten, den Arbeiter auszubeuten und die Erwerbslosenunterstützung, den Abbau der Erwerbslosenunterstützung usw. zu steigern.

Trotz dieser einseitigen Tatsachen, die durch das Leben selbst tagtäglich erfahren werden, wollen die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer „Arbeiterinteressen vertreten“, indem sie gleichzeitig mit der bestehenden Klasse eine Arbeitsgemeinschaft in der einen oder anderen Form bilden, sich an der Regierung beteiligen, als Minister, Polizeipräsidenten, Bürgermeister usw. des kapitalistischen Staates, die Direktoren der herrschenden Klasse ausüben.

Wenn eine Bande organisiert bewaffneter Räuber über eine Anzahl Menschen verfügen will, so ist klar, daß zwischen den Arbeitern und den Räubern keine Freundschaft geben kann, daß die Überfallenen sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Sie würden jedoch, der sich mit den Räubern an einen Tisch setzt, um zu verhandeln, als ihren Feind betrachten. Denn es ist klar, daß an diesem Tisch nicht der Kampf der Überfallenen ist, sondern der Kampf der Räuber oder aus den Reihen der Überfallenen den Versuch machen würde, zwischen Räubern und Überfallenen zu verhandeln, so würde das Ergebnis keine Verhandlungen nur den Räubern, aber niemals den Überfallenen Vorteile bringen. Die Überfallenen besteht in ihrem Zusammenstoß und in ihrer Entschlossenheit, sich gegen die Räuber zur Wehr zu setzen, sich zu verteidigen. Würden unter den Überfallenen einige aufstehen und die Möglichkeit des Kampfes probieren, so wäre die Folge davon eine Vertreibung der Überfallenen unter den Räubern, die Entschlossenheit und der Wille zum Kampf würden gelähmt und die Reihen der Kämpfenden würden sich spalten in solche, die die Forderungen der Räuber annehmen und solche, die gegen die Räuber kämpfen wollten. In der Zeit würden jene, die den Kampf abgewinnen, und zu Verhandlungen mit den Räubern bereit sind, die Hilfe leisten, die Überfallenen zu übermütigen und auszuplündern.

Worin besteht der Unterschied in der Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer und jenen Leuten, die im Lager der Überfallenen Verwirrung anstiften, die anfangs zu kämpfen, mit den Räubern zu verhandeln. Es besteht kein Unterschied. Die einen treten praktisch als Agenten der Räuber auf. Die SPD- und Gewerkschaftsführer arbeiten im Lager der Arbeiterklasse als Agenten der bestehenden Klasse, denn sie spalten die Arbeiterklasse, stützen die Verwirrung unter den Arbeitern an, machen sie kampfunfähig gegen die Offensiven, die die Bourgeoisie jetzt gegen das arbeitende Volk durchführt.

Betrachten wir, um die Rolle der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer noch klarer zu machen, die Sozialdemokratische Partei und die reformistischen Gewerkschaften. In der SPD finden wir, wenn man von den in Staats- und anderen gut bezahlten Stellen der Verwaltung usw. führenden zusammenfaßt, etwa 500.000 Arbeiter. Diese Arbeiter sind es, die praktisch als Agenten der Bourgeoisie fungieren. In der reformistischen Gewerkschaft sind es 4,5 Millionen. Was wird die organisierte Kraft dieser Massen verwendet? Etwa um den Lohnabbau, den Abbau der Erwerbslosenunterstützung, die Liquidierung der Sozialversicherung abzumehren? Keineswegs! Die Führer dieser Massenorganisationen verbinden, daß die Krise in diesem Moment den Kampf einleitet. Die reformistischen Gewerkschaftsführer lesen sehr häufig, wenn die Arbeiter streiken, die Kraft der Gewerkschaften ein, um den Streik zu brechen. Wenn sich die Arbeitermassen gegen die gestiegene Ausbeutung und Unterdrückung empören, dann ist es die Sozialdemokratische Partei, die die Empörung der Arbeitermassen abzuwehren sucht.

Die Führer der SPD und der reformistischen Gewerkschaften haben aus diesen Organisationsinstrumente gemacht, die den Interessen der Bourgeoisie dienen. Die sozialdemokratischen Führer stellen sich diese Aufgabe schon offen.

Als die sozialdemokratischen Führer 1914 die Arbeitsgemeinschaftspolitisch durch das feierliche Versprechen des Burgfriedens mit der Bourgeoisie bekommen, verzichteten sie prinzipiell auf jeden Kampf, der den Kapitalismus bedroht, legten sie das Versprechen ab, die Existenz des Kapitalismus zu verteidigen und alles zu tun, um ihn zu erhalten. Das heißt, sie verpflichteten sich zu pflichtung in sich, den Kampf gegen die Arbeiterklasse zu pflichtung, die sich gegen das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung wehren. Denn weder die vorgeschrittenen Massenbewegungen Arbeiter noch die Mehrheit der Arbeiterklasse unter der Sozialdemokratie auf diesem Wege der Erhaltung des kapitalistischen Systems lauten. Die Arbeiterklasse würde sich als Klasse nicht aufgeben, sie die das. Es ist klar, daß die Später der Arbeiterbewegung die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer hindern, die durch ihre Politik verhindern, ein volles Jahrhundert der Erfahrungen der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu liquidieren.

Das Ideal der liberalen Bourgeoisie des 19. Jahrhunderts in Deutschland war eine von ihr am Gängelband geführte, politisch unabhängige Arbeiterklasse, die aus ihr Gehalt gegen die Junker, Pfaffen und Fürsten kämpfte, aber nicht wegen der, eigene Klassenforderungen aufzustellen oder gar für solche Forderungen zu kämpfen. Man wollte die Arbeiterklasse mit demokratischen Versprechungen, mit Theorien über Genossenschaftssozialismus, mit feingewirter Literatur füttern, aber sie sollte nichts weiter sein als der gehorsame Roboter der Bourgeoisie.

Die Arbeiterklasse hat sich unter der Führung von Karl Marx und Friedrich Engels politisch selbständig gemacht. Sie hat gelernt, ihre eigenen Klassenforderungen aufzustellen und für die Forderungen zu kämpfen. Unter der Führung August Bebel und Wilhelm Pieckartens ist in Deutschland eine revolutionäre Arbeiterbewegung entstanden. Im Kampf um ihre eigenen Klassenziele ist diese Bewegung groß und stark geworden, bis die Epigonen der großen revolutionären Geister, die kleinen Wais, Kautsky, Hilferding, Plekhanow, Parry und Co. die Sache des Proletariats an die Bourgeoisie für ein Abenteurer verkauft. Ihnen schwebt heute, genau wie damals der liberalen Bourgeoisie, das reaktionäre Ideal vor, das Proletariat am Gängelband zu führen, das auf Kommando, ganz wie es den Interessen der Bourgeoisie und deren sozialdemokratischen Agenten entspricht, gegen den imperialistischen demokratischen Weltkrieg auftritt, gegen die imperialistische demokratische Weltbewegung und wird die Einheit der Arbeiterbewegung auf einer höheren Stufe hergeleitet.

Aber die Tatsachen sind härter als die Demagogie der besessenen Diktatoren und Agenten der kontrotten untergehenden Klasse der Kapitalisten. Unter der Führung der kommunistischen Partei, die die besten Traditionen August Bebel und Wilhelm Pieckartens überliefert hat, die entsprechende den Theorien von Karl Marx und Friedrich Engels handelt, entsteht die Einheit der revolutionären Arbeiterbewegung auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes. Mit der Liquidierung des Masseninflusses der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaften ist die Arbeiterbewegung auf eine höhere Stufe hergeleitet.



# Nur in der USSR. herrscht das Proletariat

Bürgerlicher Journalist zerlegt die Lügen über das „Gend der russischen Arbeiterklasse“ — Die Arbeiter kontrollieren den Staatsapparat — Gegensatz zwischen Stadt und Land wird aufgehoben

In der „Frankfurter Zeitung“, diesem demokratischen Vorkriegsblatt, berichtet Hans Kohn, der ständige Korrespondent dieses Blattes in Spanien und Mexiko, über seine Reise nach der Sowjetunion, die er im Auftrag dieses Blattes unternahm. Kohn ging nach dem Land der proletarischen Diktatur, um vor allem die kulturellen und Nationalitätenfragen zu studieren. Seine Berichte zerlegen das ganze Lügengewebe, das von bürgerlicher und sozialdemokratischer Seite aus um das Vaterland aller Vorkriegsblättern gezogen wird. Aus seinem letzten Bericht, in dem er über die Stellung des Proletariats zur Diktatur in der U.S.S.R. berichtet, veröffentlichten wir nachstehende Abschnitte, zu denen sich jeder Kommentator erübrigt:

„Wie sich in Frankreich unter der Herrschaft des Bürgerturns neue Formen der Kultur entwickelten, so soll auch in der Sowjetunion eine neue proletarische Lebensform entstehen, in ihren Grundlagen wie in ihrem Ausdruck von dem verdrängen, worin sich heute das geistige und soziale Leben Westeuropas und Amerikas gestaltet. Dies ist die Erfüllung einer geschichtlichen Tatsache, nicht Abgabe eines Werturteils. Es ist durchaus möglich, ob es nicht dem Proletariat in Amerika oder Frankreich, solange er Arbeit hat, bedeutend besser geht als dem Arbeiter in der Sowjetunion, womit wieder über die Zukunftsgehung der Frage des Proletariats hier und dort nichts gesagt werden kann.“

„Über zweifellos bildet das Proletariat nur in der Sowjetunion die herrschende und tonangebende Klasse... In der Sowjetunion liegt das Proletariat den Standard fest, rückt man in das Proletariat auf. Wie die Regierung weiß, stehen wegen ihres besonderen Wertes für den sozialistischen Aufbau auszeichnen wollte, die Arbeiter und die Ingenieure, hat sie bestimmt, daß sie in Zukunft nicht wie Beamte, sondern wie Industriearbeiter angesehen werden sollen...“

„Der bolschewistische Staat gibt seinen Charakter als Klassenstaat unumwunden zu, führt er sich doch gerade darin als Träger der geschichtlichen Mission... Diese bevorzugte Stellung des Proletariats kommt nicht nur darin zum Ausdruck, was ja nur der parallelen Stellung der herrschenden Klasse in den anderen Ländern entspricht, daß es immer mehr die führenden staatlichen und wirtschaftlichen Stellungen einnimmt, und daß vor allem ihm die höheren Bildungsstätten zugänglich sind, sondern sie hat auch neue und eigenartige Formen wie das Chefsystem der Fabriken über den Staatsapparat vorgebracht...“

„Die Arbeiterklasse einer bestimmten Unternehmung übernimmt das Chefsystem über ein Staatsamt, eine Parteielle oder ein Institut und unterliegt sie einer täglichen Kontrolle in

## Meuterei in der chilenischen Kriegsflotte

III. New York, 2. September. Nach einer Meldung aus Valparaiso haben die Mannschaften der im Winterhafen Coquimbo liegenden chilenischen Schlachtschiffe am Dienstag gemeutert. Alle Offiziere wurden gefangen und gegen die Unterzeichnung eines an die Regierung gerichteten Ultimatus gezwungen, daß die Kriegsmarine die beabsichtigte Soldkürzung nicht ausführen würde. Es wird erwartet, daß die Regierung nachgibt, da sonst ein offener Aufstand in der Marine zu befürchten ist.

## Das Verbrechen des Paters Amaro

Copyright Neuer Deutscher Verlag S Berlin W 4

65. Fortsetzung.

„Ach! Sicherlich hätte unsere Liebe Frau zum Schluß doch mütterliche Sorge. Gewiß hätte sie ihr auch die Eingebung gefandt, sich dem Zuprand des Arztes unterzuordnen.“

Grundtätig hatte der Arzt ihr erklärt, er könne nichts Unmögliches von ihr verlangen. Er wisse sehr wohl, daß sie nicht mit einem Male die Schulden der Liebe, die bis in die Tiefen ihres Seelens Wurzeln schlug, ausreißten könne. Er wünsche nur, daß sie in Gedanken an Jesu Juchzucht suche, wenn die Erinnerung an Amaro aufstehe.

Der Arzt half ihr täglich bei der Reinigung ihrer Seele mit der Anweisung eines Krankenpflegers. Wie ein Regisseur hatte er ihr auch die Haltung beigebracht, die bei Amaros erstem Besuche annehmen sollte.

Mit theilnehmender Sympathie hatte er ihr eindringend ber, daß in der „Liebe“ des Herrn Pfarrers sich nichts ausdrücke als wilde, bestialisches Gefühl. So herrlich die weltliche Liebe zu einem Manne sein könne, so böse die Liebe zu einem Vater gerade die augenblickliche Befriedigung für ein höchst plattes Verlangen.

Als dann die Besuche eintrafen, da geriet er sie auch für Gay und zeigte ihr, wieviel Schweiß, Egoismus, Wirtensqual und sinnliches Begehren sie enthielten.

Vomlang und systematisch also entwürdigte er sie ihrer Liebe für den Pfarrer. Die andere, die legitime, eheliche Liebe dagegen zeigte er ihr als unwürdig. Er sah zu deutlich, wie das fleischliche Amelias nach Befriedigung verlangte. Die arme Amelia besah eben zu hübsch und zu schwach fleisch. Es war nicht sehr lob, sie mit solchen Opfern zu erschrecken. Denn in erster Linie füllte sie sich ganz Weis, und so ganz Weis mußte sie bleiben. Dem Mädchen genigte nicht der Christus, dessen ideale Gliedmaßen an ein Kreuz geknüpft waren; er glaubte, sie brauche einen Mann wie alle mit Schwärzart und Zülmordtut.

Schließlich konnte er mit Freude feststellen, daß die Leidenschaft für Amaro in Amelias Seele schon kein lebendiges Gefühl

bezug auf die Erfüllung der Partei- und Regierungsverordnungen...“

„Wie einst die bürgerliche Welt, will auch die proletarische alles nach ihrem Bilde formen. Hier liegt die Umwandlung des Bauerntums in Proletariat ein, die in den letzten Jahren unter dem Schlagwort des sozialistischen Umbaus des Dorfes die Gemeindefürsorge beschäftigt...“

Die Zulammenlegung der Kleinbauernwirtschaften zu großen

## Das Begräbnis der Zollunion in Genf

### Eine entscheidende Niederlage der deutschen Außenpolitik — Deutschland und Oesterreich in den Fesseln des französischen Imperialismus

Genf, 2. September. Obwohl die Entstehung des Haager Gerichtshofes über das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion erst am Sonnabend verhandelt werden wird, ist die Zollunion bereits jetzt als endgültig erledigt zu betrachten.

Nachdem die am Dienstag eröffnete Tagung des Völkerbundsrates, in deren Mittelpunkt die Frage der Zollunion steht, sofort wieder vertagt wurde, verhandeln gegenwärtig die einzelnen Außenminister untereinander, um noch vor der Beendigung der Haager Entschädigung eine gemeinsame Formel für die Vertragserklärung der Deutschen und Oesterreicher zustande zu bringen. Eine endgültige Festlegung dieser Formel ist noch nicht erfolgt, da Frankreich auf einen grundsätzlichen und endgültigen Verzicht Deutschlands und Oesterreichs auf die Zollunion besteht. Ueber die Stellungnahme von Curtius wird berichtet, daß er die deutsche Regierung erklären werde, daß das Zollunionprojekt

bergelichteten Wirtschaften schafft nicht nur die Möglichkeit für die Anwendung von Maschinen und für eine durchgehende Technisierung und Modernisierung des Betriebes, sondern sie gibt der kommunikativen Propaganda neue und intensivere Möglichkeiten der Beeinflussung des Kleinbauern und Landarbeiters und ihrer Umwandlung in Proletariat...“

Der Gegensatz von Stadt und Land, der in der kapitalistischen Rechnung liberal mit größter Schärfe hervortritt, wird hier das durch aufgehoben versucht, daß die Stadt das Land erobert...“

Die bäuerliche Arbeiterklasse spielt dabei die entscheidende und führende Rolle, viele der fähigsten Proletariat werden aus der Stadt ins Dorf als Organisatoren der Kollektivisation entsandt. Freilich, wie der gesamte sozialistische Aufbau ist auch diese Umgestaltung des Seelenlebens und der Gemüthsart der Bauern, der sie sich nicht leicht fügen, eine Arbeit auf weite Sicht. Das müssen die Kommunisten, als wichtigster Bebel dieser Umgestaltung erscheinen ihnen Maschinen und Traktoren...“

nur als ein Teil einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in größerem Rahmen unter den europäischen Staaten gedacht gemeint ist. Die Wirtschaftslage in Europa hat sich aber in dem Sinne entwickelt, den man im Frühling nicht voraussehen konnte. Deutschland gerade hat das Projekt auf, um seine Bemühungen für einen europäischen Wirtschaftsaufbau auf breiter Grundlage einzuleiten.

Mit diesem Verzicht auf die Zollunion hat die deutsche Außenpolitik eine entscheidende Niederlage erlitten. Der Versuch der Weimarer Regierung, im Rahmen des Versailles Systemes wider den Stachel von Versailles zu leiden und ohne neue Ära der selbständigen Aktivität in der deutschen Außenpolitik einzuleiten, ist erfolglos geblieben. Auf der anderen Seite bedeutet dieser Ausgang der Zollunion eine tiefere Erfolg des französischen Imperialismus, der Deutschland und Oesterreich noch fester in die Verfallstadien spannt und seine Hegemonie über Europa um einen weiteren Schritt ausgebaut hat.

## Macdonald-Diktatur verordnet Lohnraub

### Genau wie in Deutschland — Allgemeiner Abbau der Gehälter — Die Gemeinden kürzen die Unterhaltungsätze — „Ermächtigungsgesetz“ in Vorbereitung

London, 2. September. Der „Evening Standard“ meldet auf Grund zuverlässiger Mitteilungen aus Regierungskreisen, daß die Macdonald-Regierung dem nächstjährigen Parlament ein „Ermächtigungsgesetz“ vorlegen werde, das die Regierung freie Hand für ihre Geheißgebung verschaffen soll.

Das Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, einen allgemeinen Abbau der Gehälter aller staatlichen Angestellten und Beamten vorzunehmen, der durch eine Kabinettsorder ohne Befragung des Parlaments angeordnet werden soll. Mehr als 300 000 Pfund wöchentlich sollen von den Löhnen jener Staatsangestellten, deren Grundgehalt weniger als 500 Pfund pro Jahr beträgt, eingepart werden. Die Gehälter über 500 Pfund jährlich sollen von diesen Lohnkürzungen nicht betroffen werden.

Dem Beispiel der Regierung folgend, führen die Gemeinden ihre Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Erwerbslosen durch. Einige Gemeindeverwaltungen im Londoner Bezirk haben die Erwerbslosenunterstützung bis zu 25 Prozent gekürzt.

## Generalfreist in spanischen Städten

III. Madrid, 2. September. In Saragossa ist die gesamte Arbeiterschaft in den Generalfreist getreten. Dabei kam es auch am Dienstag zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Arbeitern. Alle Türen sind geschlossen, die Blätter sind nicht erschienen.

Auch in Carthagena ist der Generalfreist ausgerufen worden, weil die Regierung die Arbeiten für die Kaisererhebung eingestellt hat.

## Dreiwandwanzigstes Kapitel

Sobald Amaro seine Morgenpost bekommen hatte, ließ er Dionisia rufen.

Amaro wollte sofort und bestimmt wissen, wann die Sache vor sich gehen werde.

„Die Richteramt der Kleinen? In fünfzehn oder zwanzig Tagen...“ — „Wie? — irgendeine Klage?“

„Ja!“ — — und der Pfarrer las ihr im Vertrauen einen Brief des Domherrn vor.

„Senhora Joanneta habe schon dreißig Bänder hinter sich und wolle zurückreisen. Dann hieß es wörtlich:

„Ich lasse schon wöchentlicher drei bis vier Bänder aus, um Zeit zu gewinnen. Denn meine Alte weiß, daß ich unter fünfzig nicht abreise. Mir liegt bereits hinter mich...“ — Sie lesen also...“

„Überbilde beginnt es hier empfindlich fast zu werden. Schreiben Sie mir als polnendend, wie die Dinge stehen...“

„In einer Nachschrift hieß es: „Dachten Sie darüber nach, welches Geld die Frucht erzählt?“

„Zwanzig Tage...“ — wiederholte Dionisia.

Dann schrieb Amaro sofort die Antwort, die Dionisia zur Post bringen sollte: „Verhindern Sie die Rückkehr der Mutter! Unter keinen Umständen darf sie hier erscheinen!!! Sagen Sie ihr, daß die Kleine weder schreibt, noch nach Vieira kommt, weil Ihr Fräulein Schwester immer noch krank!“

„Und nun, Dionisia, welches Schicksal bereiten wir der „Frucht“, wie unser Domherr so schön sagt?“

Die Alte sperrte überall ihre Augen auf.

„Ich dachte, der Herr Pfarrer regelte das alles schon? Und, daß das Kind außerhalb zur Pflege kommen soll...“

„Nar, nar...“ — unterbrach der Pfarrer ungeduldig.

„Wenn das Kind lebendig zur Welt kommt, dann muß man es wohl in Pflege geben — aber da liegt die Schwierigkeit: moher schaffen wir die Amme? Ich möchte gerne, daß Sie mir das vorschreiben. Die Zeit drängt.“

Dionisia hat schon verlesen... Sie schaute es nicht sehr, sich um die Beschaffung von Ammen zu kümmern. Sie konnte zwar eine gute, starke Frau, mit viel Milch — Vertrauensperson — aber unglücklicherweise sei sie erkrankt. Sie konnte auch noch eine, eine gewisse Joana Carreira — aber die käme wohl nicht in Frage; sie wohne in Pogoas.

(Fortsetzung folgt.)



# Rund um den Erdball

## Die Katastrophe in China

# 80 Millionen Menschen verhungern

Mindestens 250 000 getötet — Hanfaun unter Wasser — Die Ernte vernichtet — Die Schuld an der „Naturkatastrophe“

Die Zahl der Todesopfer der chinesischen Ueberschwemmungskatastrophe beträgt nach amtlichen chinesischen Schätzungen bisher mehr als 250 000 Menschen. 163 000 Häuser sind eingestürzt, 3600 Quadratkilometer Land stehen unter Wasser. Wir haben es mit der größten Ueberschwemmungskatastrophe zu tun. 60 bis 80 Millionen Menschen sind von ihr betroffen. 16 Provinzen sind in Mitleidenschaft gezogen worden. Aktive Hilfe des Weltprofessors für die Opfer der Katastrophe tut not!

Sichina ist verhältnismäßig wenig in Mitleidenschaft gezogen. Das Zentrum der Bevölkerung liegt im Tale des Jangtsekiang und des Gelben Flusses. Beide Flüsse fließen in unübersehbarer Breite herabwärts und machen die Landschaft zu einem riesigen Meer. Hanfaun, die zweitgrößte Stadt des Landes, steht unter Wasser. Elektrische Leitungen, Wasserleitungen und Industriebetriebe sind zerstört. Täglich hängen Tausende von Häusern ein. Zehntausende von Leichen werden von den Strömen zum Meer geschwemmt. Das Armenziel von Kanfing liegt ebenfalls unter Wasser.

Die Reisernie in Zentralchina und die Weizenernie im Tale des Gelben Flusses sind ruhmlos vernichtet. Woan die am Leben gebliebenen Bauern sich ernähren werden, ist völlig rätselhaft.

### Wer ist schuld?

Es ist nicht üblich, bei Naturkatastrophen nach Schuldigen zu suchen. In diesem Falle aber sieht die Schuld einwandfrei fest: die imperialistischen Kräfte und ihre chinesischen Freunde haben einen betrugartigen Raubbau am Lande getrieben, daß für die Erneuerung der Dämme usw. kein Geld übrig blieb. Wenn jetzt die Vereinigten Staaten pro Kopf der Bevölkerung lediglich 4 bis 5 Pfund Weizen von ihrem Ueber-

chinesischen Kontrovervolution Hunderttausende von Menschenleben zum Opfer gefallen. 60 bis 80 Millionen Menschen wissen nicht, wozu sie morgen ihren Hunger stillen sollen. Es handelt sich dabei in gleicher Weise um Arbeiter, Klein- und Mittelbauern. Die Katastrophe zeigt in ihrer ganzen Schrecklichkeit die Schäden des kapitalistischen Systems und spürt uns an, damit aufzuräumen. Borecht aber heißt es, die proletarische Solidarität für

die chinesischen Klassenossen zu mobilisieren. Schon haben in allen Ländern der Erde großzügige Sammelaktionen eingeleitet. Diese Sammlungen müssen verstärkt werden. Das Argument, daß die Kapitalisten dem bedrängten chinesischen Volk helfen wollen, haben wir schon an dem amerikanischen Beispiel erlebt. Aktive solidarische Hilfe können nur die werktätigen Massen aller Länder leisten.

# Kriegsfeuerwert der Nazis

Ein Paß kostet 10 Mark — Auwi ist auch dabei — Er kann's bezahlen

Gera, 2. September. Zu dem nationalsozialistischen Gera, das am Sonnabend und Sonntag in Gera stattfinden wird, haben die Nazis sich mächtig stark gemacht. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen nicht etwa Demonstrationen und Mobilisation, sondern „ein grandioses Massenfestfeuerwerk, wie es in Thüringen noch nie gesehen wurde. Da mochten Maschinengewehrfeuer mit Leuchtraketen, Schrapnells mit Granatenschnitzern ab. Hundert Kanonenschläge bilden den Schluß.“

Man kann über die Freude am Kriegsfeuerwerk geteilter Meinung sein. Sicher ist, daß die Nazis damit dem Wunsch der herrschenden Klasse Rechnung tragen, die Bevölkerung, so-

weit ihr Einfluß reicht, kriegerisch zu machen. Daß aber dafür noch

Eintrittspreise bis zu 10 Mark verlangt werden, daß man sich außerdem mit diesen Preisen speziell an die Thüringische Arbeiterzeitung wendet,

das spottet jeder Befreiung. Die Werktätigen von Thüringen, denen schon jetzt ein Begriff vom Dritten Reich gegeben hat, werden sich als Jaungäste bei der Veranstaltung einfinden dürfen, während hohe Pensionsempfänger der Republik, unter ihnen der unermüdliche Prinz Auwi, die teuren Plätze belegen werden.

## Staatliche Massenflüchen in USSR

Moskau, 2. September. Die russischen Lebensmittelversorgungstrusts teilen mit, daß nach einem festgelegten Plan im Jahre 1932/33 etwa 25 Millionen Menschen von den russischen staatlichen Küchen versorgt werden sollen. Die Versorgung der Arbeiter und ihrer Familien soll mit allen Mitteln durchgeführt werden. Zum Ausbau der Massenflüchen und zur Abschaffung der Privatwirtschaften soll ein Millionenfonds zur Verfügung gestellt werden.

## 8 Millionen Mark unterschlagen

Die Continental Illinois Bank and Trust Company of Chicago hat, wie die „Daily Mail“ berichtet, bei der Lloyds Bank einen Schadenersatzanspruch auf mehr als acht Millionen Mark gestellt. Der Schaden soll ihr durch Unterschlagung eines Angelegten entstanden sein, die sich auf mehrere Jahre erstrecken. Der ungetreue Angestellte, der diese sensationellen Unterschlagungen verübte, ist ein 42 Jahre alter Walter Wolf, der bereits 20 Jahre bei der Bank beschäftigt war. Er hat ein Geständnis abgelegt und hat das Geld angeblich zu Spekulationszwecken verwendet.

## Spararmut bei Ullstein

Berlin, 2. September. Das im Ullsteinortlag herauskommende Berliner Polizeiblatt „Tempo“, das gerade in der letzten Zeit mit Kommunistenhefte nicht geizig, hat, nachdem es kürzlich seine dritte Ausgabe einzog, nun auch die zweite Abendausgabe fassieren müssen. Das ist die Folge der Spararmut. Wäre die Redaktion des „Tempo“ in bezug auf Verlogenheit der Meldungen etwas sparsamer und mit der Nachzeit etwas freiziger umgegangen, so hätte es sich die neue Sparpolitik wahrscheinlich ersparen können.

## Fünf Mönche ertrunken

London, 2. September. Einer „Times“-Meldung aus Ottawa zufolge sind am Dienstag nachmittags fünf jüdische Dominikaner-Mönche beim Ueberqueren des Ottawa-Flusses 40 Kilometer westlich der Stadt ertrunken. Ihr Boot, das mit einem Außenbordmotor versehen war, hatte wenige hundert Meter, bevor es das andere Ufer erreichte, flack gegen Wind und Wellen anzukämpfen und erhielt infolge der schweren Beladung ein Loch, so daß es sank. Ein Mönch, dem einzigen, der schwimmen konnte, gelang es, sich so lange über Wasser zu halten, bis Hilfe herbeigeleitet war.

Die größte Auflage aller Zeitungen der Welt hat nicht, wie der „Vorwärts“ mittels der „Reit Garfien“, der mit über zwei Millionen Exemplaren aufwartet, sondern die Moskauer „Pravda“, die gleichzeitig in fünf verschiedenen Städten gedruckt wird. Zu diesem Zweck gehen die Matern an Abend durch Spezialflugzeuge in die verschiedenen Richtungen, da der Versand der fertig gedruckten Zeitungen ganze Waggons und ganze Lage beanspruchen würde.

Eine russische Akademie für Kunstwissenschaft. Auf Beschluß der Sowjetregierung wird eine staatliche Akademie für Kunstwissenschaft gebildet. Sie wird aus mehreren Abteilungen bestehen, die sich mit den einzelnen Zweigen der Kunstwissenschaft beschäftigen. Die bisherigen Institute für Archäologie und Kunstwissenschaft, für Literatur und Sprachen, für Musikwissenschaft, die Moskauer staatliche Akademie für Kunstwissenschaft und das Leningrader Kunstinstitut werden demgemäß aufgelöst.

## Chemisches Großkapital sabotiert die Krebsforschung

In der Öffentlichkeit erregt der Fall des Dr. Simons gegenwärtig größte Aufmerksamkeit. Dr. Simons, ein Berliner Arzt, hat am Institut für Krebsforschung mit Unterstützung des Preussischen Ministeriums eine Reihe von Versuchen und Tierexperimenten mit einem von ihm gefundenen Krebsheilmittel gemacht worden ist. Es handelt sich bei dem Simonschen Mittel um ein Organpräparat, das aus bestimmten Organen der Schilddrüse mit Hilfe eines sehr einfachen Extraktionsprozesses gewonnen wird. Die Stoffe sind außerordentlich billig, da es sich um ausgeprobenen Abfall handelt, die im allgemeinen vernichtet werden. Die Verwendung von Tierembryonen spielt hierbei eine besondere Rolle.

Trotzdem durch den Leiter des Instituts für Krebsforschung, Geheimrat Alimontsch, die Unschädlichkeit des Mittels behauptet und ausdrücklich vorgeklagt wird, die Simonschen Tabletten bei einer großen Zahl Krebskranke und -geheilte zur Anwendung zu bringen, damit die Wirkung auf Menschen festgestellt werden kann,

findet sich keine chemische Fabrik, die die Herstellung des Mittels im großen betreiben will. Es handelt sich bei dem Simons Verfahren angeblich um ein, künftigen sie immer dann, wenn es sich herausstellt, daß das Mittel aus dem Krebsforschungsinstitut herorgegangen ist.

Dr. Simons wendet sich mit dieser Tatfrage zunächst an die Öffentlichkeit und wird in bürgerlichen Zeitungen, vor allen Dingen in der „Kölnischen Zeitung“, durch die dortigen arztlichen Mitarbeiter scharf angegriffen. Wir können uns über die Wirksamkeit des Simonschen Präparats keinerlei Urteil erlauben, es nicht die bisher geheimgehaltene Zusammenfassung des Mittels, die damit vorgenommenen chemischen und biologischen Kontrollen sowie die Tierversuche bekannt geworden sind. Jedoch ist es sehr verwunderlich, daß ein Mittel, das allgemein als harmlos erkannt worden ist, und dem eine gewisse Wirksamkeit nicht abgesprochen geht, der großen Öffentlichkeit und der Presse nicht vorgelegt werden soll. Auf die Gründe, die das chemische Kapital zu diesem Sabotageakt veranlaßt haben, werden wir, im Zusammenhang mit ähnlichen Vorgängen der letzten Zeit, noch näher eingehen. Dr. E.



Verantwortlich: Wilhelm Grottel, Berlin.



### Familienkabinet Macdonald

Der einzige Abgeordnete der Labour Party, der sich für den Ministerpräsidenten Macdonald einsetzte, war Macdonald junior. Als Lohn für dieses „mutige Eintreten“ wird er wahrscheinlich einen Sitz in der neuen Regierung bekommen.

Auf Herausgeber wollen, so wirkt das wie ein Hohn auf die verschärfte Not.

In den letzten vier Jahren wuchsen Dürre und Ueberschwemmungen ab, so daß in China keine normale Ernte eingehradt werden konnte. Deutsche und amerikanische Wissenschaftler betont schon vor Monaten, daß die klimatischen Verhältnisse des Landes hauptsächlich im Nordwesten und noch mehr im Nordchina sich immer mehr verschlechtern.

Dürre und Ueberschwemmungen haben ihre Ursache daher, daß China wie kein anderes Land der Welt entwaldet wurde. Neuanforstung wurde nicht vorgenommen. Den Geis aus der Entwaldung legte man in Truppen für die Generalskriege an, die gegen die rote Armee in Sowjetchina ins Feld geführt wurden.

Beispiele für die vollkommene Verwüstung ganzer Landschaften durch Entwaldung gibt es auch in Europa, vor allen Dingen an der balnatischen Küste.

Es sind der räuberischen Herrschaft der Imperialisten und der

### Tödliche Radiumvergiftung

Daß Radium ein schweres Gesteinssalz ist und bei länger dauernder Einwirkung auf den menschlichen und tierischen Körper den Tod herbeiführen kann, ist seit langem bekannt. Besonders stark sind natürlich die Arbeiter der Radiumindustrie, die Röntgen- und Schwächeren, überhaupt Personen, die beruflich mit Radium zu tun haben, dabei Gefahr ausgesetzt. Todesfälle sind hier nicht selten. Wie in Deutschland lassen die amerikanischen Unternehmer nichts unversucht, um die ihnen auferlegte Entschuldigungsverpflichtung herabzukommen. Eine amerikanische Arbeiterorganisation hat nun in einem Fall, in dem eine Fabrikarbeiterin vor sieben Jahren angeblich unter den Erscheinungen einer Syphilis gelitten war, nachweisen können, daß die ausgegrabenen Knochenreste hart, daß sie im Dunklen leuchteten.

Der Nachweis auch kleinster Radiummengen gelingt also, wie vollkommen mit Radium durchleuchtet waren, und zwar so man hier feststellen konnte, noch nach sieben Jahren. Da das Radium in gewissen Knochenbestandteilen lange Zeit haltbar bleibt. Die amerikanische Firma ist auf Grund dieses Untersuchungsergebnisses zur Zahlung verurteilt worden und wird die Angehörigen wohl entschädigen müssen, wenn sich nicht eine neue Lüge im Geleis finden sollte.



Hört den Mahnruf:

# Angestellte und Beamte, her zur RSD!

## Gewaltiger Lohnabbau bei Post und Staat - Angestellte und untere Beamte sollen neue „Opfer“ bringen - Gewerkschaftsbonzen „proletieren“ - Nur der Kampf kann helfen

In der Geschichte der Beamtenschaftspolitik und Notverordnungsstruktur bildet der Lohn- und Gehaltsraub bei den unteren Beamten, Angestellten und Arbeitern der Staats- und Postbetriebe wohl den Höhepunkt an Rücksichtslosigkeit. Als 1927 die Befehlshaberreform erfolgte, auf die die Beamtenschaft seit 1923 gewartet hatte, da gar es bereits „müllende“ Leute, die sich als Gegner der Reform erklärten, weil diese sich doch nicht aufrechterhalten ließe und der unvermeidbare, spätere Wiederabbau dann unendliche Erbitterung hervorgerufen würde. Einer dieser Pessimisten war Herr ... Brüning, Herr Brüning, der doch Ende 1930 noch so optimistisch über die Lage urteilte, hat schon 1927 nicht „getrotzt“. Mit dem Beamtenabbaus im Juli 1930 fing es an. Dann ging's Schlag auf Schlag. Eine Notverordnung jagte die andere. Dezember 1930 2 1/2 Prozent, Februar 1931 6 Prozent und Juli 1931 5 bis 8 Prozent Abbau. Der Kinderzuschlag wurde den Beamten um die Hälfte, den Telegraphenarbeitern völlig gestrichen. Die Telegraphen- und Briefkassenarbeiter und Helfer mußten sich auf 8 bis 10 Prozent des Lohnes beschränken und Streichung der Frauenzulage sowie die Verkürzung der Arbeitszeit um 4 Stunden mit entsprechendem Lohnausfall gefallen lassen. Zu allem Überflus wurde den Beamten der Wohnungsgeldzuschuß inzwischen bereits zweimal gekürzt.

Herr Reichsarbeitsminister Stegerwald sagte in seiner Schrift „Die Notverordnung vom 5. 6. 31“ u. a.:

„Man kann gegenwärtig den sozialdemokratischen Meinungen der Welt zum Reichsarbeitsminister machen und er kann bei solcher Lage ebenjowenig eine geordnete und befriedigende Sozialpolitik machen, wie man auf einem Schutthaufen ein fünfsterliches Ballett aufzuführen kann.“

Deutschland ein Schutthaufen und die gegenwärtige „Sozialpolitik“ ein Ballett, wir haben diesem Bereich nichts hinzuzufügen. Aber vielleicht sehen wir zu schwarz? Vielleicht ist doch noch eine Besserung der Lage zu erhoffen? Können wir deshalb bürgerliche Stimmen und insbesondere die Stimmen der Sachgelehrten und Gewerkschaftsorgane (sprechen). Da ist als erstes der berüchtigte Ausschuss des Schwerindustrie-, Handels- und Kommerzial- und Reichs-Verkehrs zu erwähnen:

„Wir müssen uns wieder nach oben hungern!“ (Aber unten anfangen. D. R.)

Dr. Feld schreibt in der „Frankfurter Zeitung“:

„Es ist auf die Dauer unmöglich, daß der größeren Masse gegenüber eine privilegierte Klasse in ihren angeblichen wohlverordneten Rechten der Maßnahmbefrei, der Alters- und Hinterlassenschaftsverfügung gefehert wird. Die Vorgesetzter der Beamten muß fallen!“

Und die Gewerkschaftsprofesse? Es geht um die Erhaltung der Beamtenschaft“ oder „das feiernterente Sicherheitsgefühl in bezug auf Stellung und Zukunft ist nicht mehr berechtigt“ oder „Stehen wir vor einer Wiederkehr des Abbaus von 1923/24?“ Der Gesamtanwaltschaftsrat schreibt sehr nativ: „Es darf nicht auch noch zu einer Beamtentriebe kommen.“

Wir erleben hier dasselbe Manöver, wie wir es in anderen Branchen und bei vielen Gelegenheiten schon so oft erlebt haben. Nur

## Warn für Golpa-Zhornewik

Die kapitalistische Rationalisierung wird sich weiter ausbreiten. U. a. Die neue Förderbrücke auf der Grube Golpa ist in Betrieb genommen. Mehrere Abbauräumer wurden dadurch stillgelegt. „Vorläufig“ werden nach Millitungen der Verteilung 500 Mann entlassen! In Wirklichkeit hat man vor, eine noch größere Zahl von Arbeitern auf das Straßengäßchen zu werfen!

Aber auch im Großtaftwerk stehen Massenentlassungen vor der Tür. Die Arbeitszeit ist auf 45 Stunden wöchentlich verkürzt worden, das bedeutet für die Belegschaft einen beträchtlichen Lohnabbau. Die Maßnahmen haben große Unruhe unter den Belegschaften hervorgerufen.

Zwei kurze Meldungen, die aber alarmierend wirken. Der Streik ist der einzige Ausweg gegen Entlassungen und Lohnabbau! Mobilisiert die Betriebe und Schächte im Golpa-Zhornewiker Revier!

Jeder einschneidenden Maßnahme und Verschlechterung erheben bürgerliche Profestimmen, die diese Maßnahme förmlich fordern. Die Gewerkschaftsbonzen treten solchen Forderungen dann gewöhnlich mit biederer Miene und vor Entrüstung bebender Stimme entgegen, bis eines Tages die Möglichkeit eines solchen „Aberluches“ zugegeben wird. Und dann plötzlich, über Nacht ist die betreffende Verschlechterung da. Dann sind die Herren Bonzen gewöhnlich sehr entzückt, proletieren furchtbar und - würgen jede Gegenmaßnahme und jeden Streik ab.

So auch hier! Wenn die mobilisierten Gewerkschaftsbonzen schon davon schreiben, daß die Frage eines neuen Abbaus - wie 1929/30 - aufzuheben könnte, dann ist mit hundertprozentiger Sicherheit damit zu rechnen, daß diese Frage schon sehr akut ist und die einschneidenden Maßnahmen in kürzester Frist zu erwarten sind. Und den „Vorahnungen“ der Bonzen nach, wird man diesmal die Beamten nicht auf Wardegehalt setzen, sondern glatt auf die Straße legen und herumeln schicken!

Was haben denn nun die sozialistischen, christlichen und nationalistischen Gewerkschaften getan, um den ungeheuerlichen Abbau der Löhne und Gehälter zu verhindern? Die Frage ist mit einem Wort beantwortet, nämlich „nichts!“ Denn ihre papiernen Professe und paar v-er-ordneten Pfaffen („Die Kürzungen bedeuten einen sozialistischen Massenmord“) können auf keinen Fall als positive Taten bewertet werden, zumal die Regierung nur zu gut weiß, daß diese Professe nicht ernst gemeint sind, daß dahinter kein entschlossener Kampfwille steht. Die Bonzen haben aber alles getan, um die Arbeiter- und Beamtenschaft zu beruhigen und von einem Kampf gegen den Lohnabbau zurückzuhalten.

Ein paar Protostversammlungen und Resolutionen hatten nur den Zweck, erstens die Masse zu beruhigen und zweitens ein Ab-

## Erwerbslose von Halle und Saalkreis! Heraus zur Abwehr!

Stegerwald, der christliche Reichsarbeitsminister, proklamiert für die Erwerbslosen auf dem DGB-Kongreß National-Versammlung. Das bedeutet: Zurück zur Wasserbrüh und Kohlruhenwinter der Kriegsjahre Leipzig! Der DGB-Kongreß jagt zur Rede Stegerwald wörtlich: „Der alte Gewerkschaftskampf hat hier eine mutige Rede gehalten. Wir bitten Sie, Herr Minister, hart zu bleiben und uns nicht im Stiche zu lassen.“

Erwerbslose des Saalkreises, sendet zur Konferenz am 12. September, vormittags 10 Uhr, nach Halle in Hebers Hotel Delegation.

Kein Det, keine Stempelfelle darf fehlen.

## Bezirks-Erwerbslosenausflug

manbern der entlassenen Mitglieder, das auf ein völliges Nichtreagieren der Gewerkschaften unannehmlich erlangen würde, zu verhindern. Ihr hauptsächlichstes Argument ist aber: „Die Beamtenschaft als Hauptstütze des Staates muß in der Opferbereitschaft vorangehen.“

Eine andere Politik können sie auch gar nicht treiben, denn sie sind es ja, die die kapitalistische Notverordnungs-Regierung tolerieren und die selbst ein Teil der kapitalistischen Klasse, und zum Teil der kapitalistischen Klasse geworden und auf Gehalt und Verdiensten mit den Interessen derselben verbunden sind.

Ihre einzige Sorge ist, daß auf keinen Fall wegen des verringerten Einkommens der Mitglieder die - Arbeitsbeschäftigung herabgesetzt werden dürfen! „Das würde die „Schlagkraft“ der Organisation schmälern.“ Sollte nicht etwa die Sorge um das Gehalt der Bonzen ein ganz laßes Wörtchen mitprechen?

Der schlagendste Beweis für den Verrat der Bonzen ist die Tatsache, daß sie zum 1. Oktober bereits wieder einen Lohnabbau für die Telegraphenarbeiter vereinbart haben.

Der Erfolg für diesen Verrat ist auch nicht ausgefallen. Schon klagen die Gewerkschaftszeitungen über „eine Art von Organisationsmüdigkeit“. „Aber“, meint die „Deutsche Postzeitung“, „der Angriff kann doch erst dann wirksam abgeblieben werden, wenn der letzte Beamte, wenn alles 100prozentig organisiert ist.“

Endlich aber haben sie den einzigen Ausweg, den „Weg des Heils“ gefunden. Er heißt „Nationale Selbsthilfe!“ Was sich hinter diesem Schlagwort verbirgt, wird klar, wenn man das Programm dazu liest. Folgendes ist geplant:

Der größte Schmarhafter der Schwerindustrie, Dr. Wagner (Stohr) soll Betriebsratsmitglied werden. Die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten sollen um weitere 20 Prozent gekürzt werden. Die Landarbeiter sollen überhaupt nur noch Naturallohn erhalten. Der Abbau der Erwerbslosenunterstützung soll durch eine weitere Kürzung fortgesetzt und der Kreis aller Unterstützungsmöglichkeiten soll durch Ausgestaltung von Millionen weiter eingeschränkt werden. Die unteren Beamten sollen einen weiteren Gehaltsabbau von 25 Prozent erdulden!

Gegen dieses Hungerprogramm stellen wir das Programm der proletarischen Selbsthilfe, das heißt Kampf gegen das System des Hungers, Kampf gegen die kapitalistische Notverordnungsstruktur, Kampf gegen jeden Pfennig Lohn- und Gehaltsabbau, Kampf gegen die gestraubten Löhne, Kampf für die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich usw.

Jeder Beamte, Angestellte und Arbeiter wird Mitglied der RSD, der einzigen gewerkschaftlichen Kampfgesellschaft, die im Verein mit der RSD der Partei der Ausgebehrten, dem Hungerkämpfer der Massenbewerkschaft und des Massenlandes den Unterang geüßeren hat!

## Streikandrohung brachte Geldauszahlung

Neues vom Stahlwerk Frankeben

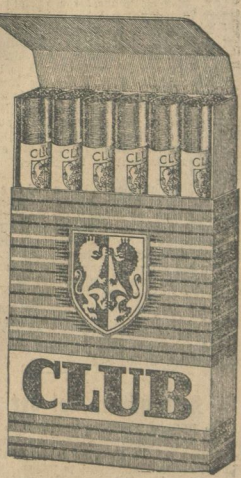
U. a. Die reformistischen Betriebsräte werden die ersten, die bei der Wiedereröffnung des Stahlwerkes Frankeben in den Betrieb wieder hineintreten. Sie nahmen die Arbeit auf, ehe der rückständige Lohn ausgezahlt war. Und als die Belegschaft ganz energisch das rückständige Geld forderte, da kam der Herr Betriebsratsmann Stellmacher in eine Verfassung und brachte die Direktion mit. Das sollte beruhigend wirken. Man war sehr unangenehm enttäuscht, als ein Arbeiter im Beisein der Direktion die Kollegen aufforderte, nicht eher zu arbeiten, bis der rückständige Lohn ausgezahlt ist.

Das hatten diese Unternehmerhelflinge nicht erwartet und sie werden wohl auch im Stillen über den „ruppingen Kerl“ geküßelt haben.

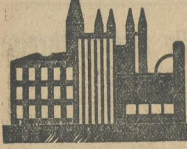
Das Betriebsratsmitglied Mülling hat den aufsehenerregenden Kollegen erklärt: „Seht ihr, wenn wir nicht angegangen hätten, so hätte ihr euer Geld heute noch nicht bekommen.“ Dabei weiß jeder Kollege, daß die Streikandrohung die Direktion zur Auszahlung der Gelder bewegte.

**Wahnen frei**

für das Neue und Bessere! **CLUB** ist größer und dicker, dabei garantiert rein macedonisch (für 3 1/3 Pfennig!!) Viele Millionen Raucher, die enttäuscht waren, haben sich nunmehr entschieden für die neue **CLUB 3 1/3**







Donnerstag, den 3. September 1931.

### Ein Brief des Genossen Scheringer

Genosse Scheringer, der bekanntlich von seiner Festungsjelle in Gollnow aus Scherbert vertrieben worden und weiterhin von dieser Jelle aus den kühnen Plan unternommen haben soll, eine richtige gehende Rote Armee zu organisieren, ist bekanntlich in den letzten Tagen nach Maabit (Berlin) gebracht worden. Wegen seiner hochverräterischen Limitiere in seiner Jelle in Gollnow, über die die bürgerliche und sozialdemokratische Sensationspresse die phantastischen „Entwicklungen“ veröffentlicht hat, hat das Reichsgericht gegen Scheringer ein neues Hochverratsverfahren angestrengt. Vorherhand brauchen sich die deutschen Spieser aber nicht zu ängstigen, denn in Maabit soll man alle Vorkehrungen getroffen haben, um Scheringer die Bildung einer Roten Armee oder die Organisierung der Revolution von seiner Gefängniszelle aus auf alle Fälle unmöglich zu machen. Bei der antihöflichen Maul- und Klauenfeude, von der heute die bürgerliche und SPD-Presse, angefangen vom „Vorwärts“ und „Angriff“ bis herunter zu dem dümmsten Wintelblättern der Nazis und der SPD (siehe „Volksblatt“) in der Provinz, besessen ist, nehmen ja solche mitleidigen Spieser keinen besonderen Menschen mehr Wunder. Um aber ein Beispiel zu geben, wie Scheringers hochverräterische Tätigkeit in Gollnow ausgefallen hat, veröffentlichten wir nachstehenden Brief, den Genosse Scheringer an einen ehemaligen Nazimann aus Halle, der unlängst in die Kommunistische Partei eingetreten ist, geschrieben hat.

Gollnow, den 3. 7. 31.

Lieber Genosse H. Herzlichen Dank für Deinen lieben Brief, über den ich mich sehr gefreut habe. Bei Deinem Uebertritt zum Kommunismus scheint es ja recht kühnlich hergegangen zu sein. Ich beglückwünsche Dich zu Deinem Mut und zu Deiner Standhaftigkeit trotz Terror und Gefängnis. Was die Nationalsozialisten von mir betrifft, kühnlich in der Reihen der Hitler-Partei zu stehen, ist natürlich Arroganz. Ich wende gar nicht daran, mich zurückzugeben, sondern ich hoffe im Gegenteil, noch recht viel andere Nationalsozialisten zu unserer Sache zu belehren. Bei einer ganzen Anzahl ist mir dies bereits geglückt. In der Hoffnung, daß es Dir auch in Halle gelingen möge, noch einige enttäuschte Nazis zu uns herüberzusehen, grüßt Dich Dein Genosse Scheringer.

### Von Selbstbehilfen keine Spur

Wir berichteten am Dienstag, daß ein Genosse aus dem Stadtteil Osten in seiner Straßenzelle am Sonntag zwei Leser für den „Klassenkampf“ gewonnen hat. Das „Volksblatt“ benutzte diese Mitteilung, um sich über die Werbeaktivitäten für den „Klassenkampf“ lustig zu machen. Obwohl wir bereits eine ganze Anzahl von teils sehr guten Genossen gewonnen haben, erzählt das „Volksblatt“ einen bedauerlichen Fehler, daß die zwei Abonnenten, die der Genosse aus dem Stadtteil Osten gewonnen hat, das Ergebnis (1) unseres Werbebestrebens sei. Das „Volksblatt“ meint nun, wir seien doch recht bescheiden.

Jüngst hat das eine: Wenn ein Kommunist zwei neue Leser gewinnt, dann ist das ein guter Erfolg. Wir versuchen, wie das ein Teil in Schweiß bewirkt, sogar über Kommunisten, die allein 50 oder noch mehr Leser gewinnen. So etwas ist bei der SPD natürlich nicht möglich. Oben, wie die SPD statt den „weiten Mann“ zu gewinnen, ihn verliert, gewinnt die SPD-Presse heute keinen einzigen Leser mehr. Das „Volksblatt“ wird heftig, wenn es in der SPD noch Leute gibt, die einen, auch nur einen einzigen Leser werden würden. Daran ist natürlich nicht zu denken. Genau so wie die SPD allmählich aber sicher an Mitgliederzahl und Massenwirkung verliert, so verliert auch ihre Presse an Bekanntheit. Die Kommunisten aber gewinnen an Bekanntheit. Sie werden ja für keine ferne Partei (SPD), sondern für die Partei des Proletariats, der die Zukunft gehört, für die SPD und ihre Presse. Und sie werden es den neidischen und aus Angst vor Massenverlust und Verleumdung schlotternden Sozialisten in der SPD-Presse beweisen, daß Kommunisten alles andere, denn bescheiden sind. Wer nach der Macht strebt ist nicht bescheiden. Aber wer sich dem verfallenden Kapitalismus vor die Würfe wirft und um Wände wirft, wie die SPD-Führer, der ist bantrot!

### Proletarische Selbsthilfe oder Kohlenwinter?

In einer öffentlichen Kundgebung der IAB am Dienstagabend im „Nationalen“ versank es der Referent Erich Schumann, Redaktionsleiter der IAB, die zahlreichen Zuhörer mit dem Thema: Nationale oder proletarische Selbsthilfe? zu fesseln. An Hand zahlreicher Beispiele führte er aus, daß das Programm der „Nationalen Selbsthilfe“ nichts anderes darstellt als eine neue unerhörte Belastung für die breiten Massen des Volkes. Die Hauptbestimmungen sind wiederum die Gewerkschaften. Auch die Pläne der Sozialisten für den kommenden Winter unterzog der Redner einer kritischen Betrachtung. Auf dem Kongreß der reformistischen Gewerkschaften in Frankfurt a. M. hat man ja die Selbsthilfe auf einen Kohlenwinter vorbereitet. Das Problem der Versorgung der Erwerbslosen mit Naturstoffen führte zu lebhaften Diskussionen in der Zukunft. Hat man die Anmeldeenden den Kernpunkt dieses Problems erfaßt: Ausfaltung des Kleinhandels, als selbstverständliche Folge hier von Verminderung des Einkommens des Mittelstandes und der Gewerbetreibenden, durch Entlassung von Angestellten, Bergsenkung der Arbeitslosigkeit. Was aus dieser „Ausweg“ ist nichts anderes als ein weiterer Schritt zur Verelendung der Massen. Das ist die „Nationale Selbsthilfe“!

Im Gegensatz hierzu die proletarische Selbsthilfe. Was die proletarische Selbsthilfe erreichen kann und erreichen muß, zeigt uns das Beispiel der Kommunisten. An Hand eigener Erfahrungen und Ergebnisse in der IABSR konnte der Referent im zweiten Teile der Veranstaltung unzählige Beispiele für den Sieg des Sozialismus anführen.

Von den zahlreich angebotenen Nazis und Sozis fand sich niemand, der in der Diskussion auf die Ausführungen des Genossen Schumann einging. Das bekannte Bild, daß der Velle können die Nazis und die Sozialdemokraten den Mund nicht voll genug nehmen, aber zu einer öffentlichen Aussprache findet sich niemand! Alles in allem war diese IAB-Veranstaltung ein voller Erfolg, der sich auswirken wird in einer Vertiefung der Basis der proletarischen Selbsthilfe.

### Hauskuchung bei der Roten Halle

Am Mittwoch vormittag erschienen im Büro des Bezirksvorsitzenden der Roten Halle in 5 a 11e Polzeibeamte um eine Hauskuchung durchzuführen. Die Beamten erklärten, die Beschriftung „Schiffe am Volkstempel“ beschlagnahmen zu müssen. Es ist ihnen aber nur eine geringe Anzahl dieser Beschriftungen in die Hände gefallen.

# Gegen Massennot und Teuerung! Für die Selbsthilfe der Werktätigen!

„Nationale Selbsthilfe“ heißt mehr Not, mehr Elend, mehr Hunger. — Die Bourgeoisie plant die Beilegung der Kuratortätigkeiten. — Mit Kohlen und Wasserläufe sollen die Erwerbslosen im kommenden Winter abgeholfen werden. — Der IABSR-Kongreß legt in Gemeinwohl die Linie des erneuten Angriffs auf die Lebenshaltung der Massen fest. — Der Städtetag proklamiert ungläubige Maßnahmen in den Gemeinden. — Neuer Lohn- und Gehaltsabbau wird durchgeführt! — Die Lebensmittelpreise steigen. — Die Lage der Arbeiter, Erwerbslosen, Angestellten und Mittelständler wird untragbar. — Die Gemeinbedarfer rufen zum Kampf gegen Lohnabbau und Massenentlassungen. — Ein Hungerwinter mit den furchtbarsten Söldern liegt bevor!

Was soll werden? Der rote Konsum ruft alle Werktätigen von Halle zur Masse versammlung, morgen, Freitag, 20 Uhr im „Volkspark“  
Referent: Karl Ertinger, Geschäftsführer des AKV! Werktätige Verbraucher, Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Angestellte, Gemeinbedarfer, Mieter und Siedler:  
Erscheint in Massen!

# Das Jungproletariat marschiert auf zum Internationalen Jugendtag!

Jungproleten, heraus zur Massendemonstration am Freitag. Antreten 18.30 Uhr auf dem Weingärtenplatz. Die Arbeiter und Arbeiterinnen marschieren mit!  
AKV Halle — KPD Halle — KJVD Halle — Die proletarischen Massenorganisationen

## Kann die IAB Halle saniert werden?

Der bankrotte Kapitalismus reißt die Sozialversicherung in den Abgrund

Wir haben bereits am Freitag in einem Artikel zu einer Reihe von Ursachen der Finanzkrise der Allgemeinen Ortskrankenkasse Stellung genommen. Nachstehende Ausführungen über dieses Thema sind zum Teil dem Referat des Genossen Karl Lütkich in der Versammlung am Freitag im Volkspark entnommen.

Was ist zu den Bauvorarbeiten des Herrn Grübler im allgemeinen noch zu sagen? Welche Maßnahmen könnten durchgeführt werden, um der Kasse Ersparnisse zu ermöglichen die sich nicht zum Schaden der Versicherten auswirken? Eine Senkung der Ausgaben für die Ärzte wäre dadurch möglich, daß die Minderbeschäftigung der Ärzte infolge der letzten Notverordnung und des Abbaus der Krankentätigkeiten durch eine Honorarumlage ausgeglichen wird. Es ist nicht anzunehmen, daß die Vorkasse diese Minderbeschäftigung durch bessere ärztliche Versorgung ausgleicht. Die tatsächliche Verbesserung der ärztlichen Versorgung ist immer wieder den Ärzten nahegebracht worden, ohne daß die tatsächliche Verbesserung den Mangel ihrer eigenen Mitgliedschaft erkennen läßt. Es braucht an dieser Stelle nicht besonders betont zu werden, daß das Einkommen der Ärzte schmerzhaft sinken wird, wenn sie in einer Höhe bewegen muß, daß ihre Lebensereignisse nicht gefährdet wird. Was hier über das diagnostische Institut ausgeführt wurde, gilt auch für das zahnärztliche Institut.

Die Kommunisten halten deshalb einen Abbau der Institute für falsch und den Interessen der Versicherten für schädlich.

Ein Abbau der Krankenkassenkosten ist unmöglich, da der Zutritt zu den Krankenkassen eine Voraussetzung für den Arbeitenden der werktätigen Massen ist und ein Druck auf die Arbeitgeber und damit der Krankentätigkeit bringen würde. Eine Herabsetzung der Krankentätigkeit wäre dadurch möglich, und auch gerechtfertigt, indem die Krankentätigkeit durch einen organisierten Druck auf das gemeinsame Gemeinwohl, welches bekanntlich gemeinliche Lebensereignisse bewirkt, geleitet werden. Die persönlichen Verwaltungskosten werden unter Einwirkung der Unternehmer und Duldung der reformistischen Gewerkschaften eine weitere Senkung erfahren, wenn nicht die Krankentätigkeiten schon jetzt an sich gegen die Vorposten der Reformisten kämpfen die Front machen. Auch gegen die Abbaupolitik kämpfen die Kommunisten mit den härtesten Waffen.

Für die IAB Halle muß festgestellt werden, daß durch den Kampf gegen die frühere Verwaltung und die hohen Verwaltungskosten entlasten sind und noch weitere entlasten werden. Herr Grübler, der in dieser Hinsicht die Beschäftigung von Reformistinnen an persönlichen Verwaltungskosten mitverantwortlich ist, müßte eigentlich auf Grund seiner Vorkläre, deren Verminderung von sich aus betreiben. Hierzu gehört vor allem die von ihm mit beschlossene

### Sozialistische kommissarische Verwaltung

Die sozialistische Verwaltung für einige antihöflichstei besonders „verdiente“ Angestellte geschaffene Posten in der Verwaltung der IAB Halle für die Partei genommen wurde, hat wenige Tage nach seinem Eintritt allein drei Entnahmen gemacht. Durch die Initiative einzelner Genossen konnten in den letzten vierzehn Tagen neun neue Kämpfer gewonnen werden. Im Monat August wurden in Gollnow fünf Entnahmen gemacht. In Gollnow sind in Gollnow fünf Entnahmen gemacht. In Gollnow sind in Gollnow fünf Entnahmen gemacht.

### Die ersten Erfolge im Norden

Die Stadtteilleitung Norden berichtet über die Werberarbeit am letzten Sonntag folgendes:

26 Genossen folgten innerhalb kurzer Zeit 12 „Klassenkampf“-Leser gewinnen und 5 Parteianwärter machen. Die Straßenzelle 5 (Brummenstraße) hat in den letzten Wochen fünf Neuaufnahmen für die Partei gemacht. Ein Wille ist in der IAB Halle, der von dieser die Partei machen konnte, wurde, hat wenige Tage nach seinem Eintritt allein drei Entnahmen gemacht. Durch die Initiative einzelner Genossen konnten in den letzten vierzehn Tagen neun neue Kämpfer gewonnen werden. Im Monat August wurden in Gollnow fünf Entnahmen gemacht. In Gollnow sind in Gollnow fünf Entnahmen gemacht.

Nach diese Zufuhr aus dem Stadtteil Norden bestätigt das, was bereits über den Stadtteil Westen gesagt wurde. Es kommt darauf an, die Zellen zu aktivieren und dann können auch Erfolge erzielt werden. Wie fest es in den übrigen Stadtteilen? Der Stadtteil Norden soll sehr viel über die Erfahrung der letzten Werbung zu berichten haben.

leinen Nutzen sondern erheblichen Schaden verursacht. Es sind damals merkwürdige Einrichtungen nicht nur befestigt, sondern auch nutzlos vernichtet worden, das „Kau“ hingegen ist fast und unbrauchbar, das es die Verwaltung von Monat zu Monat in immer schlimmeren Verlegenheiten bringen wird.

Der einzige Vorschlag, der für die Kommunisten annehmbar ist, wäre die Schaffung einer Abenteuertätigkeit, die aber durch fortwährend, von der jetzigen Fortandemehrheit allerdings verächtliche Einmischung in die Selbstverwaltung durch das Reichsgericht sehr erschwert sein dürfte. Die Meinung des Herrn Grübler, daß

auch bei stabilstem Abbau aller Mehrleistungen der Ausgleich des Selbstbezugs der Kasse nicht möglich

ist, trifft zu. Es gibt aber noch verschiedene andere, ernste Unsicherheitsfaktoren die Grübler nicht berücksichtigt hat. Nennen wir doch nur die weitere Verschärfung der Notverordnung und die Senkung der Beiträge. Die unzulässige Zwangsmaßnahme der Sozialversicherung, der immer schwieriger werdende Beitragsbeitrag durch die um sich greifende allgemeine Finanzkrise, der Schwund der Rücklage anläßlich der letzten, der Umzug nach dem neuen Verwaltungsgebäude mit seinen unzureichenden Maßnahmen und sogar teilweise Mängel, die Verkaufsfähigkeitsminderung des alten Verwaltungsgebäudes usw. Sollen wir noch über die unmögliche Gestalt des jetzigen Vorliegenden 3 wanzig berichten?

Die Kommunisten sind an dieser katastrophalen Entwicklung der IAB unbestätigt.

Es haben in schwierigen Zeiten der Auswirkung der Kriegs- und Inflationszeit, in Perioden von erheblichen Beitragsausfällen durch Streiks und schließlich durch den strengen Winter 1928/29, immer für Geld und anderen Bedarf gekämpft. Sie sind dafür von der jetzigen Mehrheit gemachregelt und mit Schimpf und Schande beworfen worden. Zum Zweck der Kommunistenbeteiligung in der IAB wurden nachweislich schädliche Maßnahmen und sogar teilweise Mängel, die Verkaufsfähigkeitsminderung des alten Verwaltungsgebäudes usw. Sollen wir noch über die unmögliche Gestalt des jetzigen Vorliegenden 3 wanzig berichten?

Die Kommunisten werden deshalb den drohenden finanziellen Zusammenbruch der IAB nicht durch Beitragsabbau abwenden können, sondern durch Mobilisierung der durch die kapitalistische Wirtschaft in Elend getriebenen Massen die Beilegung des Kapitalismus herbeiführen.

### Herr Stadtbaurat, das geht Sie an!

Der Redaktion des „Klassenkampf“ ging folgendes Schreiben zu:

Die unterzeichneten Belegschaften: Städtischer Schlacht- und Viehhof, Arthur Günther, Waßf & Freitag, fordern die sofortige Überholung des Bauaufsehers Schaal. Dieser hat die Belegschaft des Schlachthofes bestialisch, während der Nachtzeit Holzklammern in die Balken geschlagen. Die Polster der beiden Kaufmann wurden deshalb vom Betriebsrat befragt. Selbige erklärten, daß weder Holz noch Zement vernichtet wird. Am Montag, dem 28. August, nahm die Belegschaft in einer Versammlung zu der Angelegenheit Stellung und forderte in einem einstimmigen Beschluß, daß eine außerordentliche Kuratortagung einberufen werden die Belegschaften der Kaufmann Schaal befragt. Weiter wurde die Überholung der Kaufmann Stellung, da sich die Übergriffe des Schaal von Tag zu Tag häufen. Mit Genehmigung der Belegschaften des Bauaufsehers Schaal zu ermitteln. Beide Belegschaften machten sich den Beschluß der Schlachthofbelegschaft zu eigen.

Betriebsrat des Städtischen Schlacht- und Viehhofes: gez. Otto Heilmann, Franz Schöder.

Baubelegte der Firma Günther: gez. Otto Gonschored, Robert Maier.

Baubelegte der Firma Waßf & Freitag: gez. Kertan. Nach Überprüfung der Vorgänge halten wir die Einberufung einer Kuratortagung für dringend notwendig.

Kaufmann Schaal, Karl Lütkich, Mitglieder des Schlachthof-Kuratatoriums.

Die wird über den Winter?

Freitag: Beständig, warmes und heiteres Wetter. Sonnabend: Morgens Nebel, anschließend warmes Wetter mit südlichen Winden.

Rosenträger billigt Summi-Bieder













Albert Bergholz dreht Karussell

Albert Bergholz, der „linke“ Chef-Redakteur des „Reicher Volksboten“...

Bergholz geht von den Ereignissen in England aus. Er behauptet, daß die englischen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise...

„Juli zur rechten Zeit kommt das „Selbsthilfe-Programm“ des Reichsverbandes der Großindustrie.“

Die Aufgaben des Kongresses kennzeichnet Bergholz wie folgt:

„Es muß die grundsätzliche Aufgabe des Frankfurter Kongresses sein, den Kontrollen der kapitalistischen Wirtschaft ebenso aufzuzeigen...

Wenn so der Kongress den Wendepunkt in der Wirtschaft aufdecken muß und die Arbeiterklasse zum Erkennen dieser Schicksalswende...

„Wie stellt sich Bergholz die „Erziehung der Massen zum Kampf“ vor?“

„Und da offenbar sich die lebensnotwendige Verbundenheit der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei zeigt...

„Also das alte Rezept: „Macht Siffle 1, die Liste der widerbeleidigenden Sozialdemokratie, und euch wird geholfen sein.“

„Je schwächer der Einfluß der SPD-Demagogen ist, je breiter die revolutionäre Einheitsfront in den Betrieben und auf den Stempelstellen unter Führung der SPD und AGO, desto erfolgreicher der Kampf der Arbeiterklasse.“

„Das weiß Bergholz. Deshalb stellt er nach einigen schüchternen Fragen, ob denn auch der Kampf für die Interessen der Arbeiter nicht zugleich auch gegen die Brüning-Regierung geführt werden müsse...“

„Die Hebe gegen die revolutionären Arbeiter als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet, weil sie damit den lohnarbeitenden Unternehmen den größten Dienst erwiesen.“

Einheitsfront nach Bergholz



In seinem Leitartikel zum Frankfurter AOB-Kongress behauptet Bergholz u. a., daß „eine geschlossene und geeinte Arbeiterklasse die ganze gegenwärtige Lageerregungspolitik von der Tagesordnung freizubekommen würde.“

„Wir wollen mit Bergholz nicht streiten, ob es tatsächlich Kommunisten sind, die die Gewerkschaften spalten, denn die Arbeiter wissen aus eigener Erfahrung zu genau, daß das gerade Gegenteil der Fall ist.“

„Wenn aber Bergholz die Einheitsfront als die Basis der revolutionären Einheitsfront bezeichnet, so ist das Demagogie und Arbeiterbetrug.“

„Die guten Werbeergebnisse, die in einigen Ortsgruppen erzielt wurden — Hehe Ziegelroda, Straßengasse 5 Halle-Vord — sind der beste Beweis dafür, daß trotz der objektiven Schwierigkeiten, die wir vorerst nicht beseitigen können...“

„Nationale Selbsthilfe“

Die ersten Maßnahmen des Staatskommissars Ronneburg. Die erste Maßnahme des Staatskommissars ist die Einführung der vom Stadtrat abgeleiteten 100prozentigen Biersteuer-Erhöhung...

Halberstadt. Die Stadterverwaltung hat eine allgemeine Senkung der Bürgersteuerrichtgröße beschlossen, durch die von dem für das laufende Rechnungsjahr auf 500 000 M. geschätzten Mehrbedarf...

Das Leben kribt...

In Staßfurt ist die Zahl der Fahrgäste auf der Straßenbahn derart zurückgegangen, daß die Staßfurter Licht- und Kraftwerke beschließen haben, den Straßenbahnbetrieb erheblich einzuschränken...

Schleichendes Gas. In der Moltkestraße in Staßfurt wurden der Bergmann Ulrich, seine Frau und sein elfjähriger Sohn...

Selbstmord auf den Schienen. Auf der Bahnstrecke zwischen Reinfeld und Schale wurde eine männliche Leiche gefunden, der der Kopf glatt abgetrennt war.

99 Jahre alt. Bei verhältnismäßig guter Gesundheit konnte am Montag Frau Justine Hauschild die älteste Einwohnerin von Meuselwitz...

Beim Spielen mit einem Leuchtpistole verlor der Sohn eines Lehrers in Heiligenhain mit einem geladenen Zeisig. Als er die Waffe fallen ließ, entlud sie sich, wobei der Junge einen Schuß in den Hinterkopf erhielt.

Vom Staßfurt getötet. Auf dem Staatsgut Dübaleben verunglückte der Maschinenführer Friedrich Müller tödlich dadurch, daß er beim Drehen aus Versehen die elektrisch Leitung berührte.

Auch der letzte Mann tritt an!

Nutzt die gemachten Erfahrungen — Laßt euch nicht von der jungen Orisgruppe Ziegelroda beschämen — Am Sonntag zweiter Großwerbetag!

Wekern fand eine Besprechung der Werbergebnisse aus den einzelnen Unterbezirken und den Stadtteilen von Halle statt. Die Genossen berichteten über die bisherigen Ergebnisse...

„Aus den Berichten der Genossen ging übereinstimmend hervor, daß die wertigste Bevölkerung überall noch dem „Klassenkampf“ bedingt, doch sind viele aus finanziellen Ursachen...“

„In der letzten Zeit wurden die Zellen Wettbewerbe abgeschlossen. In Könnern sind die Genossen dazu...“

Mord und Selbstmord

Welche Folge die Durchführung der „nationalen Selbsthilfe“, d. h. eine weitere rücksichtslose Senkung des Lebensstandards der wertigsten Bevölkerung hat, wird wiederum durch folgende Zeitungsmeldungen des gestrigen Tages illustriert:

Magdeburg. Am 28. August wurde eine junge Frau, die mit ihrem Manne und drei Kindern in der Neustadt ein Zimmer bewohnt, von einem Knaben ertränkt.

Der Täter wurde festgenommen. In ihrer Wohnung in der Parlagasse wurden am Dienstagmorgen die Fleischermeisterleute Geiß und ihre 30 Jahre alte Sohn gasvergiftet tot aufgefunden.

Das Volk will leben. Deshalb muß es mit aller Entschiedenheit den Kampf gegen die „nationale Selbsthilfe“ führen und die rote Selbsthilfe organisieren. Rote Selbsthilfe, das heißt entschlossene Kampf auf breiter Front gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau...

Rote Selbsthilfe, das heißt Kampf für Brot und Arbeit ohne Rücksicht auf die Profiteure der Reichen!

„Übergangenen, für die ganze Stadt ein genaues Verzeichnis von dem Stand der Abkommen in sämtlicher Zeitungen herausstellen. Der Stadtrat Halle-Süd hat sich durch die Betriebszellen die Befreiung von sympatisierenden Betriebsproleten geben lassen und wird nun diese Proleten in ihren Wohnungen aufsuchen.“

„Die guten Werbeergebnisse, die in einigen Ortsgruppen erzielt wurden — Hehe Ziegelroda, Straßengasse 5 Halle-Vord — sind der beste Beweis dafür, daß trotz der objektiven Schwierigkeiten, die wir vorerst nicht beseitigen können...“

„Es liegt an uns. Stößen wir überall so vor, wie es die Genossen in Ziegelroda, in der Straßengasse 5 und in einigen anderen Zellen und Ortsgruppen gemacht haben.“

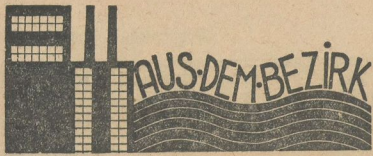
„Sollt aus zum zweiten Schlag! Trefft die letzten Vorbereitungen zum zweiten Großwerbetag! Bergeht nicht, daß das Schwergewicht der Werberarbeit in den Betrieben liegt. Unzer der Sieg — trotz allem!“

Selbstverwaltung aufgehoben

Die WBS-Korrespondenz meldet aus Ronneburg: In der Sitzung des Stadtrats am Donnerstag waren die vom Bürgermeister zur Sicherung des Haushalts vorgeschlagenen neuen Steuern abgelehnt worden.

Das bisherige Gesamt-Werbeergebnis: 288 neue Abonnenten für den „Klassenkampf“ Parole: Weiter vorstoßen!





Donnerstag, den 3. September 1931.

### Drud der Straße

Unter dieser Überschrift bringt die bürgerliche Torgauer Zeitung folgenden Bericht, aus dem die Proleten selbst ihre Schlüsse ziehen werden.

Am gestrigen Tage fand auf Grund eines Gerichtsbeschlusses die Herausgabe eines Mieters in der Wittenberger Straße statt, die mit größten Schwierigkeiten verbunden war. An der Wohnung des betreffenden Mieters hatten sich eine große Anzahl Gefinnungsfreunde versammelt, um die Vollziehungsmassnahmen zu verhindern. Auffallend war in den frühen Morgenstunden bereits die Bildung zahlreicher Personengruppen und -gruppen in der betreffenden Gegend. Auch waren verschiedentlich drohende Verweisungen aus diesen Gruppen gegen die Polizei, falls diese einschreiten sollten, zu hören.

Die vom Spektator beordneten Leute weigerten sich, die Räumungsverordnungen durchzuführen, die dann von durchreisenden Handwerksburshen freiwillig ausgeführt wurden. Auch Einzug von Polizei konnte die Arbeit durchgeführt werden. Inzwischen hatte sich eine dichte Menschenmenge angesammelt, wodurch der Verkehr in den angrenzenden Straßen stark behindert wurde, so daß verstärkter Polizeieinsatz notwendig wurde. Am Nachmittag war die Auslegung erledigt.

### Weißentels-Zeit Der Kommunismus bricht sich Bahn

M.A. Raumburg. Hochschiff ist ein ganz schwarzes Netz, in dem bisher nur 6 bis 10 Personen in unsere Versammlungen kamen. Jetzt hatten wir wieder eine öffentliche Versammlung angeführt im Lokal "Mental". Die Versammlung sollte eigentlich in der oberen Etage stattfinden, da unten in den Gaststätten der Kriegerverein und die Deutschen Turner Versammlung hatten und außerdem ein Statut spielte. Da sich aber niemand nach oben wagte, eröffnete der Versammlungsleiter kurz entschlossen die Versammlung unten in der Referat zum Thema "Volksentscheid. Was nun?" Er brachte den Anwesenden zum Verständnis, um was es geht in der jetzigen Situation. Sein scharfer Angriff auf die jetzigen Zustände machte auf die anwesenden Kleinbauern, Landwirte und Arbeiter starken Eindruck. Das sozialistische Gemeindegemeinschaftliche Bismarck erlebte sich wohl zum erstenmal, wagte es aber nicht, in der Diskussion die Politik Geierings und Brünnings zu verteidigen. Er machte sich zum Beschützer aller Anwesenden. Alle anderen Versammlungsbesucher mußten den Weg des unerschrockenen revolutionären Proletariats zumutend, den der Genosse Heubert aufwies.

Wenn auch in dieser Versammlung Annahmen für Partei und Presse noch nicht möglich waren, so hat jeder vor dem anderen gesagt, so ist doch festzustellen, daß auch diese Kreise begriffen haben, um was es geht. Während der Versammlung bearbeiteten drei Genossinnen die Saungräte von außen, die nicht den Mut aufbrachten, an der Versammlung teilzunehmen. Die Genossinnen erliefen dabei von mancher Schläger der Hochschiffen.

Wir werden in Zukunft den Hochschiffen öfter unseren Besuch abstatten, da wir wissen, daß sie noch mehr von uns hören wollen.

### Delitzsch-Torgau

Eilenburg. Amtsmächtigkeits des Stadtoberordneten von Torgau. Der Stadtoberordnete Herrmann hat mit Rücksicht auf sein Alter sein Amt als Stadtoberordnete niedergelegt. Der nächste Kandidat auf dem sozialdemokratischen Wahlzettel ist der Konjum-Geschäftsführer Emil Jähniß.

### Bitterfeld-Wittenberg

#### Roter Konjum trotz allem

M.A. Dittau. Am Sonnabend fand eine öffentliche Versammlung der SPD im Lokal für unsere Filiale 82 in Dittau statt. Der Genosse Erlinger vertrat es in seinem Referat ausgezeichnet, den zahlreich erschienenen Zuhörern nochmals recht eingehend darzulegen, mit welchen Schwierigkeiten der SPD in den letzten 18 Monaten zu kämpfen hatte und auch jetzt noch kämpfen muß. Natürlich nahm er die Sozialisten und Renegaten gehörig unter die Lupe, da diese Leute ja doch am meisten Schuld sind an den Schwierigkeiten des SPD. Das fiel dem Renegaten Hartlieb gehörig auf die Nerven. Er meldete sich gleich zur Diskussion, brachte aber so vieles Gleiches vor, daß die Versammlung ihren großen Unwillen kundgab. Genosse Erlinger gab ihm im Schlußwort die richtige Antwort. Als er auf den Substanz der Fischer und Schöbel hinwies, den diese Burshen von der GEG Hamburg für ihren schändlichen Arbeitererrat in Form eines Postens mit 9000 Mark Jahresgehalt erhielten, wollte dieser Renegat Hartlieb den Gen. Erlinger als Schwindler hinstellen, indem er behauptete, Erlinger bekäme nicht die 9000 Mark, aber nicht Fischer und Schöbel. Wir Funktionäre vom SPD in Dittau haben diese Behauptungen Hartliebs schon immer zurückgewiesen und haben erklärt, daß die Gehälter der Vorstandsmitglieder des SPD halle von der Kommunistischen Partei festgelegt sind.

Daß dieser Hartlieb ein Vorkriegsgerichtlicher Sorte ist, bewies uns, daß er auch ein Sozialdemokrat sein bei der SPD nicht. Wir haben oft beobachtet, daß er nach Gering in Anhalt gelassen ist, um sich dort im SPD-Konjum anzubieten. Selbst sein früherer intimster Freund will jetzt nichts mehr mit ihm zu tun haben und hat in aller Öffentlichkeit erklärt: "So ein Mensch wie Hartlieb, der keine politische Meinung vertritt wie ein anderer Mensch die breite Masse, ist für mich für immer erledigt." So haben diese angeblichen Helfer des SPD aus Verbrauchern von Dittau, gebt ihnen die richtige Antwort, laßt nach wie im roten Konjum, werdt neue Mitglieder, dann mögen diese Leute vom Schläger Hartliebs klaffen so viel sie wollen, uns können sie nichts anhaben.

Roßig (Bitterfeld). Wolfenbruch. Ein molkenbrüchiger Regen ging am Montag nachmittag über Roßig nieder. Die Kanalisation reichte nicht aus, die Wasserfluten zu fassen. Bei einem Rückwärtiger in der Hofstraße drang die Flut in die Badstube ein und richtete ziemlichen Schaden an.

# Roter Massenaufmarsch in Wittenberg-Piesteritz

## 4000 demonstrieren für den revolutionären Genossenschaftsgedanken

Eine Demonstration, wie die gelieferte, hat Wittenberg-Piesteritz seit Jahren nicht mehr gesehen. Und noch nie in seinem fast hundertjährigen Bestehen sind solche Menschenmassen dem Rufe des Konjumvereins Wittenberg zum Aufmarsch gefolgt. Rund 4000 Werttätige beteiligten sich am Sonntag, dem 30. August am proletarischen Genossenschaftstag des roten Konjumvereins Wittenberg. In zwei riesigen unübersehbaren Demonstrationen bewegten sich die Teilnehmer nachmittags um 2 Uhr vom Hofe des Zentralagers Wittenberg und vom Marktplatz in Piesteritz nach dem Schützenhaus Kleinwittenberg.

1500 Kinder, die schon wochenlang vorher in der Verteilungsstellen angemeldet worden waren, gaben, mit roten Fähnchen geschmückt, den Zügen ein buntes bewegtes Bild. Sämtliche revolutionären Organisationen beteiligten sich an der Demonstration. Der Kampfbund gegen Faschismus, die Antifa, die Internationale Arbeiterhilfe marschierten ununiformiert und mit ihren Fahnen mit 30 Kinder der IAW Gruppeneinheiten.

Die Ortsgruppe Raumburg hat an den ersten Anlauf folgendes Werbeprospekt erstellt:

- 14 Klassenkampf-Poster
- 10 "Geg-Poster"
- 11 Parteiprogramme

Außerdem wurden 51 Broschüren und 16 Zeitungen verkauft, Weiter zu Genossen!

nahmen als Gäste ebenfalls teil. Eine große Anzahl roter Transparente leuchteten über den Zügen. Ihre Slogans: "Die roten Konjumvereine sind Proletariatkolonnen des kämpfenden Proletariats", "Für die proletarische Genossenschaftsarbeit", "Gegen die Genossenschaftsreform", "Für die Solidarität mit den russischen Genossenschaften", "Weg mit den Ausbeutern und Massenfeuern", "Für die Vertiefung der Sozialunion" usw. gaben der Veranstaltung das Gepräge. Drei Musikgruppen und einige Spielmannszüge spielten die allen proletarischen Kampflieder. Die Antifa, die Internationale Arbeiterhilfe und proletarischen Slogans geschmückt, begleiteten die Demonstration. Aus allen 17 Verteilungsstellen waren die Mitglieder dem Rufe der Verwaltung gefolgt. Auch die Verteilungsstelle Wittenberg, die sich vorwiegend aus sozialdemokratischen Mitgliedern zusammensetzte, bestand aus 30 Teilnehmern. Die Demonstration, die in munterer Bewegung ohne jeden Zwischenfall verlief, machte einen starken Eindruck auf die Wittenberg-Piesteritzer Einwohner.

Im Garten und in allen Räumen des Schützenhauses Kleinwittenberg herrschte ein bewegtes Leben und Treiben. Aber trotz der Regenbeteiligung gab es kein Durcheinander. Im großen Saal saßen und standen 600 Erwachsene und lauschten der Stimme unseres Arbeiterdichters, des Genossen Erich Weinert, Berlin, der eigene Gedächtnis registrierte. Die Begeisterung war so groß, daß allezeit gefordert wurde, Genossen Weinert recht bald wieder einmal in einer Genossenschaftsveranstaltung zu hören. Die Genossen Mannig

und Jaekel vom Vorstand stellten im Saal und Garten kurze Ansprachen, in denen sie darauf hinwiesen, daß der proletarische Genossenschaftstag kein Vergnügungstummel, kein Freudenfest ist, sondern daß er ein Kampftag, ein Arbeitstag für die roten Konjumvereine, für die Verbundenheit mit der revolutionären Arbeiterbewegung ist. Die Musikgruppen sorgten für Unterhaltung. Gläser, Verlobungsreden usw. fehlten natürlich nicht. Die Kinder, nach verlebten Altersklassen eingeteilt, trieben ihre Spiele. 700 ältere Kinder verlegten ihre Spiele nach dem in der Nähe liegenden Sportplatz Kleinwittenberg, weil der Garten allein die Wägen nicht schickte. Ein getragenes Kasperletheater konnte leider nicht in Funktion treten, da die kasperlenden Kindergeister das Kasperletheater samt Schauplatz umsurfen und zu erdröden drohten. Verschiedene Gesänge, Essen und Trinken, wurden an die Kinder verteilt. Bei Anbruch der Dunkelheit bewegten sich die Teilnehmer in geschlossenem Zuge nach Wittenberg und Piesteritz zurück. 1500 Campions leuchteten in den Zügen.

Der proletarische Genossenschaftstag war ein sehr großer Erfolg für den roten Konjumverein Wittenberg. Er zeigte allen Gegnern der revolutionären Genossenschaftsbewegung, daß die roten Konjumvereine nicht gelassen, nicht geschwächt werden können, daß ihnen die Sympathien der Werttätigen ununterbrochen gehören.

Den Renegaten Daffinger, Meier und Kampmann müßte die Demonstration ein Mene tekel sein. Ihre Schindlungsarbeit gegen den roten Konjumverein Wittenberg in den Monaten Oktober bis Februar, als sie im Bunde mit den Reformisten mit allen Mitteln verfuhrten, den revolutionären Konjumverein zu zerlegen, wird von den Wägen nicht vergessen werden.

Seit einem Jahr befindet sich der Konjumverein Wittenberg wieder in den Händen der revolutionären Arbeiter. Rund 1000 neue Mitglieder sind seitdem der Genossenschaft beigetreten und haben damit ihre Solidarität bekundet. Vier Verteilungsstellen wurden unter revolutionärer Leitung neu eröffnet. Die Umsätze wiesen jeden Monat Steigerungen auf, die eine deutliche Sprache redeten. Die Offenheit der Genossenschaftsarbeit ist schon vor Monaten täglich zusammengedrückt. Die ideologische Rieche der Renegaten wurde von ihren Gebornen in den letzten Mitgliederzusammenschüssen selbst offen eingeschlagen. Die Verteilungsstellen Genossenschaftstag war ein weiterer Schritt auf dem sicheren Wege des roten Konjumvereins. Er war ein Treue- und Kampfgelöbnis der Mitglieder. Er diente der Vorbereitung der kommenden genossenschaftlichen Kampftage. Der vor der Zeit folgende Kampftag, der nach dem 7 bis 8 Millionen Erwerbslosen den Werttätigen ungeheures Glanz bringen. Kämpft gegen die Genossenschaft des Kapitalismus! Beleidigt die Würdigen des Glanzes! Kämpft für ein freies sozialistisches Deutschland! Schließt die roten Konjumvereine, denn sie werden in allen revolutionären Kämpfen die Proletariatkolonnen des kämpfenden Proletariats sein. A. M.

## SPD für Burgfrieden — gegen die Erwerbslosen

M.A. Raumburg. In der letzten Stadtratsversammlung hielt der sozialdemokratische Stadtrat G. G. G. (Exponent des Wohlfahrtsvereins) eine Rede über den bevorstehenden Hungerwinter. Er verlangte Beilegung des Parteistrafes, Einigkeit mit allen Völkern und Kriegervereinen. Er propagierte das Zusammenarbeiten aller, um über den Winter hinwegzukommen, also Burgfrieden. Er setzte eine Deputation ab, die damit beauftragt werden, Maßnahmen für den Hungerwinter zu beraten. Unsere Genossen verlangten, daß aus jeder Fraktion zwei Mann bestimmt werden, um so einen arbeitsfähigen Ausschuss zu bilden. Das wurde abgelehnt. Daraufhin stellt die kommunistische Fraktion folgende Anträge:

1. Die am 22. August beschlossenen Maßnahmen der Gemeinbedürftigen, die einen vierprozentigen Wöden der Ebnen und Wegfall der Frauenzulage vorsehen, werden nicht durchgeführt.
  2. Für Erwerbslose, Wohlfahrtsempfänger und Sozialrentner wird ab 1. Oktober in der hiesigen Hofstraße kostenloses Mittagessen verabreicht.
  3. Ab 1. Oktober wird eine Warmhalle errichtet.
- Außerdem hatte die Fraktion schon vorher Anträge zur Arbeitsbeschaffung und zur Verbesserung der Wohlfahrtsunterstützung eingebracht.

Diese Anträge wurden von der Sozialdemokratie gemeinsam mit den Bürgerlichen abgelehnt.

Zu einer längeren Debatte kam es über die Anträge der Arbeiter am Weinbergsweg zwecks Herabsetzung der Miete. Unser Genosse Schick zeigte in seiner Rede, wie ungenügend der Mieter. An den Weinbergsweg gehören mehrere hundert Wohlfahrts-erwerbslose, Sozialrentner und dergleichen, die von der geringen Unterstützung, die sie erhalten, die Miete nicht aufbringen können. Jetzt schickt man in die hiesigen Häuser den Miete-eintreiber Hagmann, der sich zwar nicht persönlich hintraut (Ausruf: Da hat er Angst!) sondern dem Gemeinratsmitglied hinstellt.

Die kommunistische Fraktion fragt an, wer überhaupt Hagmann dazu bestimmt hat und was es dafür für ein Gehalt erhält.

Unser Genosse Heubert stellt fest, daß in Raumburg 13000 Einwohner von Unterstützung und Renten leben und bezeichnet Raumburg sehr richtig als Hungerstadt. Genosse Schick nagelt besonders die herausgelassenen 7400 Mark für den Steinloß in Schönburg fest, während man den Kindern in den Schulen die Milchspeisung entzieht. Auch zur Aufhebung des

Mietseinsparungsamtes und dessen Auflösung an das Amtsgericht nehmen unsere Genossen Stellung. Diese Maßnahme dient dazu, die Mieter noch stärker aus den Wohnungen hinauszulassen. Hundert Wohnungen leben leer. Es sollen aber weitere Pächter, Pächter und Pächter als Pächter an die Wohnungen einziehen, die die Mieter nicht mehr bezahlen können.

Die SPD verlangt, daß die leeren Wohnungen für die Armen beschlagnahmt werden.

Die Nazifraktion trat aus der nationalen Arbeitsgemeinschaft aus, weil sie es ablehnt, mit dem Stadtratsmitglied Hagmann an einem Tisch zu sitzen. Sie warfen Hagmann die Beschäftigung vor in seiner Eigenschaft als Hausmeister am Weinbergsweg.

Auch in der Dunkelkammerführung kamen noch interessante Dinge zum Vorschein. Die Krankenschwester, die zehn Jahre ihre Pflicht getan hat, ist jetzt im ersten Jahr entlassen worden, weil sie, wie sich Stadtrat G. G. G. ausbrühte, in der jetzigen Zeit nicht mehr tüchtig sei. Unsere Genossen Hagmann und Heubert wiesen darauf hin, daß die Schwester nur deswegen entlassen wird, weil sie sozialistisches Mitgefühl hat. Weiter wird bekanntgegeben, daß das Krankenhaus von Schwaben mimmet. Der SPD-Stadtrat Hader wird beauftragt, Schritte zu tun.

Die SPD-Fraktion fordert alle Mieter auf, in der nächsten öffentlichen Versammlung zu erscheinen, wo auf die ihm folgenden unerschrockenen Maßnahmen den Mietern gegenüber eingegangen wird.

### Aus dem Saalkreis

#### Erwerbslose über das "Volksblatt" empört

M.A. Ammendorf. Am Sonnabend fand im Goltshaus Krüger eine gutebesichtigte Erwerbslosenversammlung statt. Zum Thema stand: 1. Die allgemeine Lage der Erwerbslosen. 2. Die Anträge zur Gemeinbedürftigenunterstützung.

Das Verhalten der SPD-Fraktion zu den Anträgen der Erwerbslosen sowie der Bericht des "Volksblattes" von der Gemeinbedürftigenunterstützung erregte große Entrüstung. Ein Tribünenbesucher erklärte, daß der Bericht nicht den Tatsachen entspreche. Die Begründung des Genossen Gorbach in der Schmierpresse wurde mit Spott aufgenommen. Der SPD-Mann Willi Bernhardt erklärte in der Diskussion, daß zu der Zeit, als der Erwerbslosenrat noch den Betrieb am Arbeitsamt unterließ, die Auszahlung der Unterstützung bedeutend schneller von statten ging.

Um auch den SPD-Arbeitern Gelegenheit zur Mitarbeit in der Erwerbslosenbewegung zu geben, findet in der nächsten Erwerbslosenversammlung eine Urwahl des Erwerbslosenrates statt. Wir erziehen alle SPD-Arbeiter zu ergeben. Der Termin der Versammlung wird noch bekanntgegeben.

### Merseburg-Querfurt

#### Kompol-Konferenz Merseburg

Die Kompol-Konferenz für die Merseburg-Querfurt findet am Sonntag, dem 6. September, 9 Uhr, in Merseburg, Lokal "Aposthäuser", Steinstraße, statt.

Alle Kommunistenfunktionäre müssen teilnehmen.

### Mansfeld-Sangerhausen

Moskau. Fischgenosspost im Ring. Ein hiesiger Einwohner hat in einem Brief ein Fischgenosspost. Dieses enthält einen Zettel mit einer Mitteilung und der Adresse fischgenosspost Fischer. Der Finder hat den Erheber dieser Fischgenosspost gemeldet.

### Von der Hitler-Jugend zur roten Front

(Jugend-Korrespondenz Zeit.)

Ein Jungarbeiter ist vor wenigen Tagen aus der Hitler-Jugend Zeit ausgeschlossen und hat seinen Liebertritt zum SPD erklärt unter Abgabe folgender Erklärung:

Als alle Jungarbeiter der Hitler-Jugend! Klassen-genossen, Jungarbeiter! Die Hitler-Jugend, ein Bestandteil der Partei des organisierten Arbeitermordes, der NSDAP, ist eine faschistische, militaristische Jugendorganisation. Sie erzucht die Jungarbeiter zum furchtbaren Kampf gegen das revolutionäre Jungproletariat und bereitet den ideologischen Boden unter den Jungarbeitern für einen neuen Krieg gegen die Sozialunion, das Vaterland aller Jungarbeiter.

Ich fordere alle Jungarbeiter der Hitler-Jugend auf, meinen Weg zu gehen, sich einzureihen in den SPD. Laßt euch nicht länger von euren Führern gegen das revolutionäre Proletariat aufgeben. Weht euch ein in die Kampf- und Einheitsfront der revolutionären Jungarbeiter unter Führung des SPD, der einzigen revolutionären, sozialistischen Jugendorganisation. Heil Moskau!



# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Berendstr. 14. Fernruf: 210 65 (Stb.); 210 67 (Verlag).  
Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung  
Der Rote Stern  
Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte 1 Zeile im Quartett. Monatspreis: 4,50 Mark bei halbjährlicher, 10 Mark bei jährlicher Vorbestellung. Postfachnummer: Leipzig 254 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Berendstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, 3. September 1931

11. Jahrgang Nr. 171

## Rote Selbsthilfe marschiert!

### Die Massen beginnen sich zu wehren

Halle, den 3. September.

Während die herrschende Klasse zu einem Winter ruft, der alle Schreden der Hungersnot für ein ganzes Volk in sich zu bergen droht, während immer neue Notverordnungen durch Reich, Länder und Gemeinden in Vorbereitung sind, während in Frankfurt am Main die Sozialfaschisten des ADGB die Durchhalteparole herausgeben, rufen die werktätigen Massen in Stadt und Land unter der Führung der Kommunistischen Partei zur Bildung der ersten Front des Widerstandes. Gerade heute kommt die Nachricht, daß die preussische Regierung beschloffen hat, das Defizit von 876 Millionen Mark in Preußen einzusparsen. Gelpost soll werden durch den Abbau der Fürsorge-Richtsätze, der Mittel für die Krippeln und Tuberkulosefürsorge, durch eine allgemeine Beförderungssperre und durch zwangswweise Herabsetzung der Arbeitszeit. Städte und Gemeinden legen die Bauaktivität still. Tarifserhöhungen für Elektrizität, Wasser usw. und Senkung von Löhnen und Gehältern werden die Not ins tiefenrotze wachen lassen. Aber die Millionenmassen beginnen die Notwendigkeit des Kampfes für die rote Selbsthilfe aller Werktätigen einzusehen. Dieser Kampf muß bis zum Sieg über alle Volksfeinde geführt werden, wenn nicht Millionen untergehen wollen.

### Rotes Parlament in Regierungsstadt

Proleten sprechen von den Tribünen

(Eig. Meldung.) Merseburg, 3. Sept.

In Merseburg wurden im Stadtparlament in einer Sitzung, die ziemlich sechs Stunden dauerte, fast sämtliche Anträge der KPD-Fraktion angenommen. Durch die Redner der Fraktion wurden die schärfsten Anklagen gegen den Weimarer-Ministerrat und gegen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten erhoben. Ein Teil der bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten ergab die Flucht. Das Parlament blieb aber beschlußfähig. Durch einen SPD-Deputierten (Hofmann) kam es zu tumultuariösen Auseinandersetzungen. Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung.

Während dieser Zeit eröffnete die kommunistische Fraktion ein proletarisches Parlament, die Tribünenbesucher erhielten das Wort. Ein Mietervertreter, ein parteiloser Arbeiter und der Genosse Fischer warfen den SPD-Leuten vor, daß sie wichtige Mieteranträge unterschlagen hätten, Anträge, die vor fünf Monaten eingereicht wurden, sind nicht mehr aufzufinden. Von der Tribüne sprachen nacheinander mehrere Arbeiter.

Als die bürgerliche Meute merkte (die SPD hatte es nicht gewagt, den Saal zu verlassen), daß es auch ohne sie weitergeht, eröffneten sie nach 20 Minuten wieder die Sitzung. Der Vorsitzende wurde mit Zurufen empfangen:

„Wir brauchen Sie nicht, es geht auch ohne Sie, bleiben Sie doch draußen!“

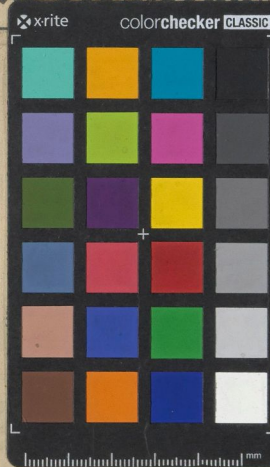
Alle Anträge der Kommunisten wurden durchgesetzt. Mit den Stimmen der SPD und einigen Bürgerlichen wurde die Durchführung der Bezirkstagswahlenwoche mit vollem Lohnausgleich für die hiesigen Arbeiter beschloffen. Desgleichen wurden sämtliche Mieter- und Erwerbslosenansätze angenommen.

Während der Dauer der Stadtverordnetenversammlung fand eine gut besuchte Massenversammlung der Merseburger Werktätigen auf dem Marktplatz statt. Nacheinander berichteten die Stadtverordneten, immer wieder tüchtig begrüßt, vor den Versammelten aus der Sitzung. Der Kampf für die aufgestellten Forderungen, die rote Selbsthilfe, wurde auf dem Marktplatz sowie im Stadtverordnetenparlament propagiert. Mit „Rot Front“ verteilten die Tribünenbesucher bei Schluß der Sitzung das Rathaus und die kampfgewillten Massen die Rundgebung auf dem Marktplatz.

### Streikmobilisierung in Halle

Halle, 3. September.

Die Hallischen Gemeindearbeiter nahmen am gestrigen Mittwoch in einer von der KPD einberufenen Delegiertenversammlung zu dem bevorstehenden Lohnabbau und zu den letzten Betriebsereignissen, vor allen Dingen zu den geplanten Massenentlassungen Stellung. Die Ausführungen des Referenten zum Bezirkskongreß der KPD, sowie die Ausführungen des Hallischen Stadtverordneten, Genossen Wabbel, wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurden die Ausführungen unterstrichen und ergänzt. Die Versammlung nahm folgende Entschlüsse an:



### er Strafe

... tagende Belegarbeiter beschließt, ... abbau und Massen... über durchzuführen... ungehobenen Bes... und Konforten, der... und Magdeburg ver... sind die treuesten... er der Führung der... hienentlassungen soll... onzen hinweg... Gemeindefarbeiter... und durch Aufbau... werden die Voraus... nigen Tempo ge... che von Delegierten... traktionskonferenz... eine ganze Reihe... in bezug auf die... it.

(Eig. Meldung.) Zeitz, 2. September.

Gestern wurde der Zeitung des Kommunistischen Jugendverbandes, Ortsgruppe Zeitz, vom Polizeiamt Zeitz mitgeteilt, daß der Polizeipräsident in Weichenfels den internationalen Jugendtag in Zeitz verboten habe. Die Begründung des Verbotes soll dem KJVB erst im Laufe des Donnerstags zugehen (!)

Die Bezirksleitung des KJVB ruft die werktätige Jugend Mitteldeutschlands zur Massenbeteiligung am internationalen Jugendtag in Wittenberg und Nordhausen auf.

(Eig. Bericht.) Chemnitz, 2. Sept.

Nachdem in Sachsen bereits sechs Veranstaltungen zum 17. internationalen Jugendtag verboten worden sind, hat jetzt auch das Polizeipräsidium Chemnitz alle aus Anlaß

### Opfer des Profits

(Eig. Meldung.) Wolkstein, 2. September.

Auf der Filmfabrik ereigneten sich heute folgende Unfälle: Der Betriebsrat Reisele ist von einem Kraftwagen überfahren und schwer verletzt. Er mußte ins Ritterfelder Krankenhaus gebracht werden. Ferner erlitt ein Maurer einen Beinbruch.

In der Anilinfabrik ist ein Arbeiter, der allein im Sodabetrieb arbeitete, verschüttet und tot aufgefunden worden. Geopfert für die Dividenden der IG-National!

### Wer sind die Spalter?

Die fortgeschrittenen und klassenbewußtesten Arbeiter haben eine genügend lange Erfahrung im Klassenkampf, um sich nicht nur ein Urteil über die Politik der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaften zu bilden, sondern auch um aus diesem Urteil die Konsequenzen zu ziehen. Seit mehr als 17 Jahren, seit dem 4. August 1914, der feindselige einseitige Ständeball der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsführer war, besteht der Inhalt der Politik der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaften in der Zusammenarbeit mit der herrschenden Klasse. Diese Zusammenarbeit nahm je nach der Situation verschiedene Formen an: als Arbeitsgemeinschaft in der Form von Koalitionsregierungen, als Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmerverbänden und reformistischen Gewerkschaften oder wie gegenwärtig, wo die SPD zwar nicht durch Minister in der Reichsregierung vertreten ist, aber die Regierung Brünning toleriert, d. h. unterstützt und als Regierungspartei in Preußen die Politik der Bourgeoisie, die Politik der Brüning-Regierung durchführt. Die Sozialdemokratische Partei behauptet, eine Partei der Arbeiterklasse, eine Partei des Klassenkampfes zu sein und die reformistischen Gewerkschaftsführer behaupten, Organisationsmänner zu führen, die die Interessen der Arbeiterklasse gegen die Unternehmer, gegen die bestehende herrschende Klasse vertreten.

Es ist offenbar, daß zwischen der Befreiung ihres Klassencharakters und dem Inhalt ihrer Politik bei der Sozialdemokratischen Partei und bei den reformistischen Gewerkschaften ein klaffender Widerspruch besteht. Woher kommt dieser Widerspruch? Die Klassenengegenseite in der kapitalistischen Gesellschaft, d. h. die Gegenseite zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und den Interessen der bestehenden Klasse, der Klasse, der die Profiteure, der Grund und Boden, die Produktionsmittel gehören, die die Macht des Staates in ihrer Hand hat und sie anwendet, um die herrschende Stellung gegenüber allen Schichten des arbeitenden Volkes zu sichern, sind offenbar. Diese Gegenseite zeigen sich mit besonderer Schärfe in der Krise. Die Bourgeoisie,

### Strakentämpfe in Spanien

Wie die bürgerliche Presse berichtet, kam es zu schweren Kämpfen in Saragossa, Caragosa und Jijona, wo die öffentlichen Gebäude zerrümmert und in Brand gesteckt worden sind. In Barcelona meuterten die politischen Gefangenen, legten ihre Zellen in Brand und zerstörten die Einrichtung. Tausende verurteilten, das Gefängnisgebäude zu sprengen und die Gefangenen zu befreien.

Die Regierung hat sämtliche Mitglieder des früheren Kabinetts Primo de Rivera in Schutzhaft nehmen lassen. (!)

### er bietet Jugendtag in Zeitz

des Jugendtages geplanten Veranstaltungen verboten. Das Verbot wird vor allem damit begründet, daß in der jetzigen Zeit „größte politische Ruhe“ erforderlich sei.

(Eig. Drahtm.) Essen, 2. September.

In Hoerde bei Dortmund ist ein 22 Mann starker Fanfarechor der sozialistischen Proletarierjugend zur proletarischen Freidenkerjugend übergetreten.

### Erwerbslose wehren sich

(Eig. Drahtm.) Delitzsch, 3. Sept.

Vom Arbeitsamt Delitzsch wurde jedem Unterhüftungsempfänger eine Erklärung vorgelegt, wonach er sich verpflichten soll, alle vom Fürsorgeverband angewendeten Kräfte zu erheben, sobald er hürdenreiches Vermögen oder Einkommen habe. Eine Erwerbslosenkonferenz in Delitzsch hat gestern beschloffen, an alle erwerbslosen Wohlhüftungsempfänger zu appellieren, diese Erklärungen nicht zu unterschreiben.

### Wieder zwei KPD-Zeitungen verboten

WZB Kiel, 3. September. Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat auf Grund der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausdrucksformen vom 17. Juli des Erlasses der in Klona herausgegebenen „Norddeutschen Zeitung“ und „Schleswiger Volkszeitung“ auf die Dauer von 14 Tagen, vom 3. bis einschließl. 18. September verboten.